

STEGLITZ-
ZEHLENDORF

SPD

FRAKTION

Für Sie
vor Ort



STEGLITZ- ZEHLENDORF

EIN STARKER
BEZIRK



BERICHT DER SPD-FRAKTION 2016 BIS 2021

Die Mitglieder der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung



Norbert
Buchta



Ellinor
Trenczek



Juliana
Kölsch



Rainer
Ziffels



Uwe
Netzel



Olemia
Flores Ramirez



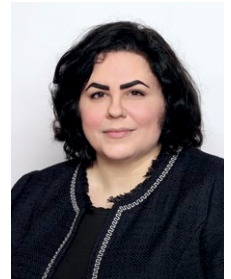
Martin
Kromm



Bettina
Kirsch



Mirko
Klimas



Carolyn
Macmillan



Eva
Reitz-Reule



Volker
Semler



Dmitri
Stratievski

Mitglieder der SPD im Bezirksamt



Stadtrat Michael
Karnetzki



Stadträtin
Carolina Böhm



Vorwort

Sozial – politisch – demokratisch

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
die laufende Legislatur neigt sich dem Ende zu, in einem halben Jahr wird gewählt. Ein guter Zeitpunkt, um zurückzublicken auf fünf ereignisreiche Jahre in unserem Bezirk Steglitz-Zehlendorf, in denen wir uns in der Bezirksverordnetenversammlung, den Fachausschüssen und bei zahlreichen Veranstaltungen für Sie engagiert haben.



Als Sozialdemokraten setzen wir auf die Vielfalt der Kieze und deren soziale Mischung. Wir lieben und leben das erfolgreiche Miteinander von Familien und Alleinstehenden, Jungen und Alten, Alteingesessenen und Zugezogenen, von Menschen jeglicher Herkunft, Religion, Geschlecht oder Orientierung in unserem schönen Bezirk. Wir sind für Sie vor Ort und ansprechbar, haben ein offenes Ohr und vertreten Ihre Anliegen mit Leidenschaft in den Diskussionen in der Bezirksverordnetenversammlung. Viele Initiativen sind dadurch auch in dieser Legislatur erfolgreich umgesetzt worden.

Bezirkspolitik bedeutet immer auch ein fortwährendes Kämpfen für den kleinen Kompromiss, der unser tägliches Leben bestimmt und verbessert. Über die Erfolge und Misserfolge, Höhepunkte und Tiefschläge möchten wir Ihnen heute guten Gewissens Rechenschaft ablegen!

Kaum ein Thema dürfte für diese Legislatur wohl so prägend gewesen sein wie die Corona-Pandemie. Ich bin unendlich dankbar für die vielen engagierten Mitarbeitenden in den Krankenhäusern, im Gesundheitsamt, bei Polizei und Ordnungsamt, aber auch in den Supermärkten und Apotheken, Schulen und Kitas, die verlässlich und professionell auf die Krise reagiert haben. Viele dieser Berufe werden leider noch immer viel zu

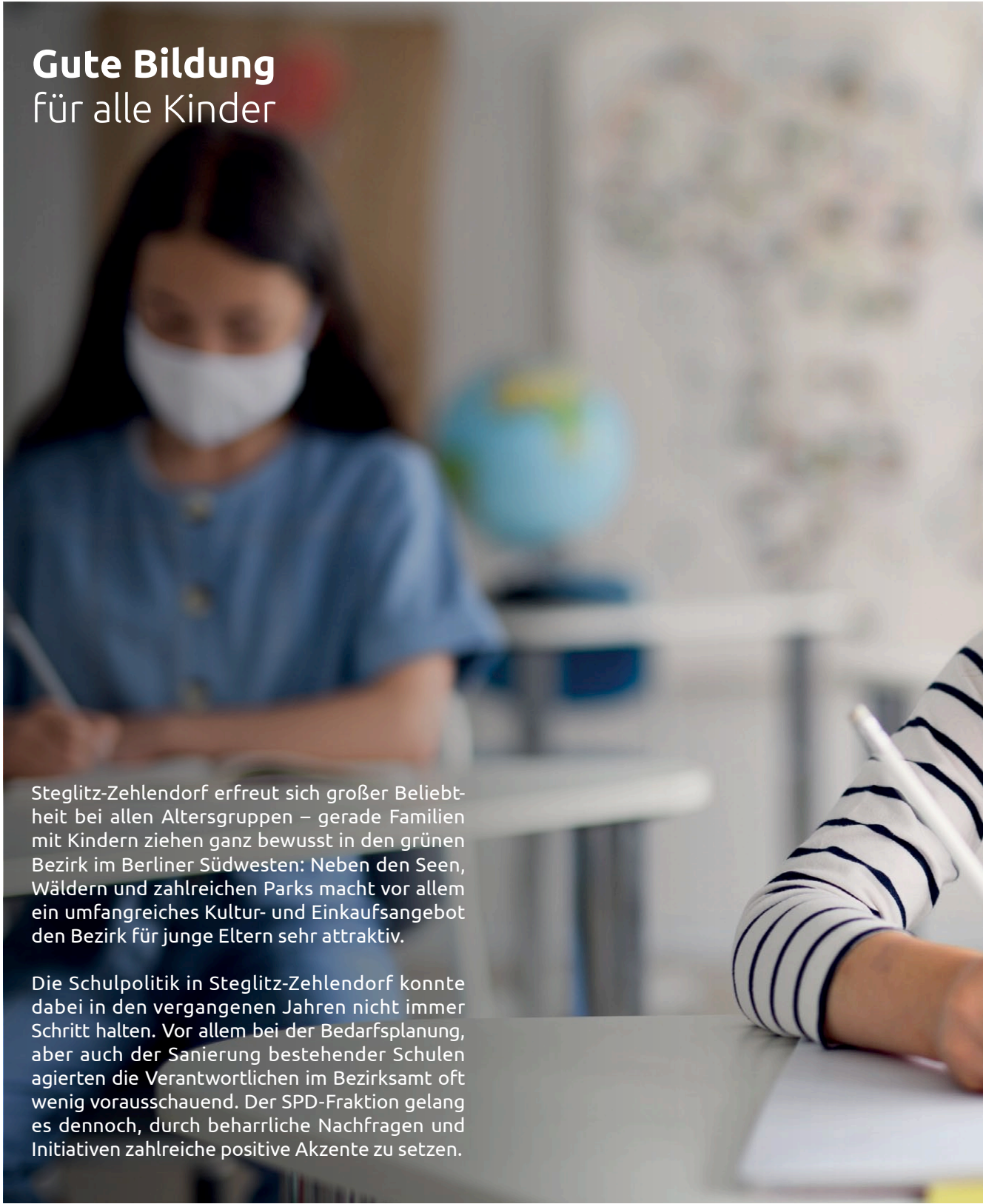
schlecht bezahlt: Applaus ist schön, Anerkennung muss sich aber auch in angemessener Bezahlung und guten Arbeitsbedingungen widerspiegeln!

Ein weiteres Schlaglicht hat die Pandemie auf das Thema Digitalisierung geworfen. Ein ganzes Jahr hat es gedauert, bis sich die schwarz-grüne Zählgemeinschaft dazu durchringen konnte, eine „digitale BVV“ durchzuführen. Digital war diese dann jedoch nur für die Verordneten, die Öffentlichkeit musste sich weiterhin dem Infektionsrisiko aussetzen. So viel Überheblichkeit macht mich sprachlos und wütend – ist mir aber gleichzeitig auch ein Ansporn, es besser zu machen!

Nach 15 Jahren ergeht sich die Zählgemeinschaft aus CDU und Grünen in Selbstzufriedenheit und Trägheit. Obwohl in der Opposition, kann sich die Bilanz der SPD-Fraktion sehen lassen. Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre!

Ihr Norbert Buchta
Fraktionsvorsitzender

Gute Bildung für alle Kinder



Steglitz-Zehlendorf erfreut sich großer Beliebtheit bei allen Altersgruppen – gerade Familien mit Kindern ziehen ganz bewusst in den grünen Bezirk im Berliner Südwesten: Neben den Seen, Wäldern und zahlreichen Parks macht vor allem ein umfangreiches Kultur- und Einkaufsangebot den Bezirk für junge Eltern sehr attraktiv.

Die Schulpolitik in Steglitz-Zehlendorf konnte dabei in den vergangenen Jahren nicht immer Schritt halten. Vor allem bei der Bedarfsplanung, aber auch der Sanierung bestehender Schulen agierten die Verantwortlichen im Bezirksamt oft wenig vorausschauend. Der SPD-Fraktion gelang es dennoch, durch beharrliche Nachfragen und Initiativen zahlreiche positive Akzente zu setzen.



Im Blindflug

10 Jahre Schulpolitik unter Schwarz-Grün

Eine gute Schulbildung ist die Grundlage für wirtschaftliche und soziale Teilhabe. Entsprechend hat sich die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf auch in der nun endenden Legislatur intensiv dafür eingesetzt, dass alle Grundschülerinnen und -schüler im Bezirk eine Schule finden, die ihren Bedürfnissen entspricht.

Die Schulen in Steglitz-Zehlendorf genießen seit jeher einen guten Ruf. In den letzten Jahren hat dieser jedoch eine ganze Reihe von Kratzern abbekommen. Vor allem eine langfristige Planung der Kapazitäten findet kaum noch statt, zudem kommt es bei Sanierungsvorhaben immer wieder zu – teils mehrjährigen – Verzögerungen, die Kosten laufen aus dem Ruder.



Eine der Hauptaufgaben der bezirklichen Schulverwaltung ist es, allen Kindern eine ausreichende Zahl an wohnortnahen und gut ausgestatteten Schulplätzen in ordentlich unterhaltenen Schulgebäuden bereitzustellen. Damit dies gelingt, muss vom Bezirksamt alle fünf bis sechs Jahre ein Schulentwicklungsplan erstellt werden. Dieser skizziert den aktuellen Stand und die konkrete Zukunftsplanung des Schulangebots im Bezirk, er schlägt die Brücke zwischen dem Ist und dem Kommenden. Schulorganisatorische und bauliche Maßnahmen können somit rechtzeitig begonnen und auch abgeschlossen werden.

Der letzte Schulentwicklungsplan in Steglitz-Zehlendorf stammt aus dem Jahr 2014. Damals war die heutige Bezirksbürgermeisterin Cerstin Richter-Kotowski (CDU) noch Bildungsstadträtin. Bereits dieser Plan enthält jedoch nur eine Bestandsaufnahme des damaligen Schulangebotes, eine Prognose des zukünftigen Bedarfs wurde nicht vorgenommen. Ihr Nachfolger – ebenfalls von der CDU – ist lange an der Erstellung

des folgenden Schulentwicklungsplans gescheitert, entsprechend chaotisch entwickelte sich daher auch die Planung im Bezirk. Anfang 2020 sorgte eine Große Anfrage der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf für rote Köpfe bei der CDU: Eher ein Armutszeugnis als eine glaubhafte Erklärung stellte die Aussage des Schulstadtrats dar, dass es in seinem Haus keine Expertise im Bereich Statistik gäbe.

Anfang Dezember 2020 präsentierte der CDU-Stadtrat schließlich einen Entwurf des Entwicklungsplans im Bezirksschulbeirat. Der Bericht dokumentiert das Versagen der schwarz-grünen Schulpolitik auf ganzer Linie. »Dass der Entwurf des Schulentwicklungsplans bisher noch nicht im Schulausschuss vorgestellt wurde, ist ein Skandal und zeigt die Hilflosigkeit der Verantwortlichen!«, so Ausschuss-Sprecherin Eva Reitz-Reule von der SPD.

Anders als die zuständigen Ausschussmitglieder hatte sogar der Tagesspiegel bereits Einsicht in das Dokument. Laut einem Bericht der Zeitung wies der Entwurf des Schulentwicklungsplans für die Regionen Lankwitz und Lankwitz-Ost schon heute einen zusätzlichen Bedarf von 350 Grundschulplätzen aus, so Reitz-Reule. Daran werde sich in nächster Zeit auch nichts ändern: »Für die kommenden Jahre wird ein Defizit von teilweise über fünf Prozent prognostiziert!«

»Der Stadtrat geht in Kürze in den Ruhestand, bis zur Wahl im Herbst sind daher wohl keine großen Sprünge mehr zu erwarten«, fasst Eva Reitz-Reule ihre Erwartungen für die kommenden Monate zusammen. »Ich hoffe, dass die Schulplanung anschließend in bessere, motiviertere Hände kommt – die CDU hinterlässt einen riesigen Scherbenhaufen!«

Ein Gespräch mit **Eva Reitz-Reule**,
schul- und jugendpolitische Sprecherin



„Jeder Mensch hat das Recht auf seine Chance – dafür setzte ich mich ein!“

Wenn Sie zurückblicken: Was haben Sie in dieser Legislatur für die Menschen im Bezirk erreichen können?

Ich freue mich, dass es endlich ein Familienbüro als bezirkliche Anlaufstelle für alle familienbezogenen Themen gibt, das war schon lange eine unserer Forderungen. Außerdem sind wir bei der Einrichtung von Betreuungsmöglichkeiten – Kita, Hort, Tagespflege – und Jugendfreizeiteinrichtungen weitergekommen. Worauf ich auch sehr stolz bin, ist, dass wir es geschafft haben, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen an einigen sie betreffenden politischen Entscheidungen durchzusetzen.

Was möchten Sie noch erreichen – in dieser oder auch in der nächsten Legislatur?

Bei der Sanierung der Schulen geht es viel zu langsam voran. Ich hoffe, dass uns das jetzt nicht auf die Füße fällt, wenn wegen der Corona-Ausgaben vielleicht das Budget gekürzt wird. Ohne die nötige Barrierefreiheit sowie eine bedarfsgerechte Ausstattung mit Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern kann auch die Inklusion nicht weiter vorangebracht werden.

Außerdem wünsche ich mir, dass uns die Stärkung von Familien in allen Lebensphasen gelingt, und damit auch das Ende von Kinderarmut in unserem wohlhabenden Bezirk!

Warum ist Ihnen die Ausweitung der Schulsozialarbeit so wichtig?

Die Sozialarbeiterinnen und -arbeiter leisten an den Berliner Schulen einen unschätzbaren Beitrag zum Lernerfolg: Probleme wie Gewalt und Mobbing wären von den Lehrerinnen und Lehrern allein kaum zu bewältigen. Zudem wird Unterstützung bei Gruppenarbeit und Hausaufgaben geleistet. Den Lehrkräften bleibt so mehr Zeit, sich auf die Vermittlung der Lerninhalte zu konzentrieren, die Qualität des Unterrichts steigt nachweislich. Die Probleme beschränken sich jedoch nicht auf bestimmte Schularten. Wir haben uns daher für die Ausweitung der Schulsozialarbeit eingesetzt, auch an Gymnasien: Vor zwei Jahren hatten gerade einmal magere 12 Prozent eine Sozialarbeiterstelle. Der Antrag wurde von den Bezirksverordneten im Dezember 2019 einstimmig angenommen, das hat mich auch persönlich sehr gefreut!

Beethoven-Gymnasium

Planungsfehler verzögern Sanierung

Nachdem sich die Unterrichtsausfälle im Lankwitzer Beethoven-Gymnasium durch Heizungsausfälle, Rohrbrüche und herabfallende Fassadenteile stark gehäuft hatten, wurde 2017 endlich mit der dringend notwendigen Sanierung des Schulgebäudes begonnen. Der erste Bauabschnitt ist mittlerweile abgeschlossen, mit dem zweiten sollte ursprünglich bereits 2020 begonnen werden.

Im Herbst 2019 wurden die Bezirksverordneten von der zuständigen Stadträtin Maren Schellenberg (Grüne) jedoch darüber informiert, dass sich die Kosten wohl von geplanten 19,6 Millionen auf bis zu 30 Millionen Euro erhöhen werden. Während der Planungsarbeiten habe sich herausgestellt, dass die Gebäudesubstanz des Altbaus in weitaus schlechterem Zustand sei, als zunächst absehbar gewesen war. Vor allem aber waren ursprünglich die Kosten für die Ausweichquartiere vom Bezirksamt schlicht nicht in die Berechnungen mit einbezogen worden – mit mehr als 9 Millionen Euro stellt dieser Posten den weitaus größten Anteil an den Kostensteigerungen dar.

In Folge dessen wurde die komplette Planung gestoppt, alle Leistungen müssen nun europaweit neu ausgeschrieben werden und werden anschließend komplett von vorne beginnen. „Laut Haushaltsplan wurde für die bisherigen Planungen über 1 Million Euro ausgegeben. Diese Kosten sind verloren“, erklärt der SPD-Fraktionsvorsitzende Norbert Buchta.

Doch auch die Schulleitung des Beethoven-Gymnasiums zeigte sich unzufrieden mit der Entscheidung: Man habe mit den bisherigen Planern immer vertrauensvoll zusammengearbeitet. Unter anderem habe es regelmäßige Treffen mit den Schülern und Lehrern der Schule im Beisein von Vertretern des Bezirksamtes gegeben, bei denen die Ideen der Schule, aber auch Vorstellungen für eine funktionale Gestaltung des

Gebäudes in die Sanierungsplanung eingeflossen seien. Jetzt habe man die Befürchtung, dass diese Ideen nicht mehr berücksichtigt werden, wenn das Verfahren völlig neu aufgerollt wird.

„Aus unserer Sicht soll hier nur die Verantwortung von der Verwaltung auf die Architekten abgeschoben werden“, so Norbert Buchta. Vertreter des Bezirksamtes saßen bei allen Bauplanungssitzungen mit den Architekten und der Schule mit am Tisch, hätten dort ihrer Kontrollfunktion nachkommen müssen.

Große Sorgen bereiteten den SPD-Fachleuten zudem die groben Verstöße gegen die Haushaltsregeln des Senats. Ab einer Budgetüberschreitung von 350.000 Euro muss unverzüglich eine Meldung an die Senatsverwaltung für Finanzen sowie den Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses ergehen. „Tatsächlich könnte der Senat deswegen das komplette Budget streichen“, so der Lankwitzer Bezirksverordnete Dmitri Stratievski.

Die Sanierung des Neubaus aus den 1970er Jahren ist mittlerweile abgeschlossen, das Gebäude konnte im August 2020 an die Schule übergeben werden. Die Schülerinnen und Schüler, aber auch die Presse sind voll des Lobs für die außergewöhnliche Leistung der Architekten.

Für die Sanierung des Altbaus werden sich diese dennoch erneut bewerben müssen: „Wir hätten uns sehr gewünscht, dass die gute Zusammenarbeit mit den bisherigen Planern fortgeführt werden kann, und nur die Bauleistungen entsprechend der neuen Erkenntnisse neu ausgeschrieben werden“, erklärt Stratievski. Neben den gewaltigen Planungskosten, die jetzt verloren sind, ist durch die Neuausschreibung vor allem ein jahrelanger Stillstand bei der Sanierung des Lankwitzer Gymnasiums zu erwarten. Wann dort wieder gebaut wird, kann derzeit niemand mit Gewissheit vorhersagen.



Pestalozzi-Schule

Zukunft gesichert

Die Zukunft der Pestalozzi-Schule am Hartmannsweilerweg war angesichts sinkender Anmeldezahlen lange Zeit unsicher. Erst durch einen Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung wurde 2018 klargestellt, dass sich die Verordneten mit keinen Vorlagen beschäftigen würden, die die Zukunft der Schule in Frage stellten.

Die Pestalozzi-Schule ist eine Grundschule mit angegliedertem Förderzentrum für die Förderschwerpunkte Lernen und geistige Entwicklung. Rund 190 Schülerinnen und Schüler besuchen dort die Klassen der Jahrgänge 1 bis 10.

„Ein Förderzentrum darf nicht abgeschafft werden, bevor es nicht ein überzeugendes Konzept dafür gibt, wie Kinder mit Lern- und Sprachbehinderung oder emotional-sozialen Schwierigkeiten in der Regelschule unterrichtet werden können“, so Schulexpertin Eva Reitz-Reule (SPD).

Ein solches Konzept müsse konsequent durchdacht und ausfinanziert sein. In den Inklusions- oder Regelschulen sowie den Integrierten Sekundarschulen müssten zudem ausreichend qualifizierte Sonderpädagoginnen und -pädagogen vorhanden sein.

Mittlerweile steigen die Anmeldezahlen für die Pestalozzi-Schule wieder. Es ist sogar angedacht, eine Kleinklasse für Kinder mit Autismus einzurichten. Hierfür braucht es ein passendes, räumliches Konzept. Eine mögliche Erweiterung auf dem Schulgelände sei planungsrechtlich schwierig, so Reitz-Reule: „Hier müssen das Bezirksamt und der Schulstadtrat alle Optionen prüfen und dafür sorgen, dass die baulichen Voraussetzungen gegeben sind!“

Digitalisierung:

Wie fit sind unsere Schulen?

Die Digitalisierung ist eine der großen Herausforderungen für die Schulen im 21. Jahrhundert. Mit dem „Digitalpakt Schule“ unterstützt der Bund die Bezirke bei Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur. Die Schulen sollen hierfür ein pädagogisches Medienkonzept einreichen. Das Schulamt Steglitz-Zehlendorf hat zur Unterstützung der Schulen eine eigene Stelle vorgesehen – kam jedoch lange bei der Besetzung nicht vom Fleck. Entsprechend fanden die Maßnahmen aus den Konzepten bei den Schulsanierungen in der endenden Legislatur kaum Berücksichtigung.

Lücken gibt es jedoch nicht nur bei der technischen Ausstattung. Auch bei inhaltlichen Fragen im Bereich der digitalen

Medien fehlt an vielen Schulen noch das Fachwissen: „Heutzutage stellen Falschmeldungen im Internet – sogenannte Fake News – eine gewaltige Herausforderung dar“, erklärt Martin Kromm, Sprecher für Kultur und Integration der SPD-Fraktion. „Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass das europäische Nachrichten-Kompetenz-Projekt Lie Detectors an den Schulen in Steglitz-Zehlendorf bekannt gemacht und in den Unterricht integriert wird!“ Die gemeinnützige Organisation will Kindern und Jugendlichen helfen, manipulative Informationen bei Instagram, Snapchat, YouTube und WhatsApp besser zu erkennen und einzuschätzen. Dafür arbeitet sie auch mit Nachrichtenorganisationen wie der ARD zusammen.

Kinder und Jugendliche anhören und beteiligen

Die Partizipation von jungen Menschen an politischen Entscheidungen ist eine gesetzliche Verpflichtung, die in Steglitz-Zehlendorf ernst genommen wird. Eine Kinder- und Jugendjury entscheidet über die Vergabe von Geldern für selbst gewählte Projekte. Zudem gibt es Beteiligungsverfahren bei Spielplatzneu- und -umbauten für Kitas und Schulen.

Insbesondere in der Zeit der Pandemie haben Kinder und Jugendliche den Eindruck, ihre Belange würden in der Politik nicht wahrgenommen. Jugendstadträtin Carolina Böhm (SPD) möchte hier gegensteuern. Das neue Forum „Jugend spricht mit“ soll Kindern und Jugendlichen die Gelegenheit geben, ihre Interessen gegenüber der Bezirkspolitik zu formulieren.



Jungen Menschen Räume bieten

Im Bezirk Steglitz-Zehlendorf fehlen immer noch Aufenthaltsmöglichkeiten für junge Menschen im Alter von 14 bis 18 Jahren, insbesondere in den Abendstunden und Ferienzeiten. Auf Initiative der SPD-Fraktion hat die Bezirksverordnetenversammlung im Oktober 2019 beschlossen, für diese Altersgruppe zusätzliche Räume zu schaffen. Die Jugendlichen sollen dabei auch einen Teil der Verantwortung für die Einrichtung und den Erhalt mit übernehmen.

Graffiti spalten seit jeher die Gemüter: Kunst oder Sachbeschädigung? Damit die jungen Künstlerinnen und Künstler für

ihre Werke nicht auf verbotene Flächen zurückgreifen müssen, gibt es schon lange eine legale Graffitiwand in der Jugendfreizeiteinrichtung Düppel. In regelmäßig stattfindenden Workshops lernen die Teilnehmer von erfahrenen Künstlern den verantwortungsvollen Umgang mit Stift und Spraydose. Diese Kurse wurden so gut angenommen, dass sich die SPD-Fraktion im Herbst 2017 für eine weitere Fläche stark gemacht hat.

Im darauffolgenden Jahr konnte eine Wand an der Rollschuhbahn im Gemeindepark Lankwitz an die jungen Nutzerinnen und Nutzer übergeben werden.



Spielplätze erhalten und erneuern

In jedem Jahr stehen dem Bezirksamt Gelder zur Verfügung, die entweder der Renovierung bestehender Anlagen oder der kompletten Neugestaltung von Spielplätzen gewidmet werden können. Wo wird was gebraucht, welche Bedürfnisse haben die Kinder, aber auch die sie begleitenden Erwachsenen? Die SPD-Fraktion hat in dieser Legislatur wieder viele Ideen in der zuständigen Spielplatzkommission eingebracht und die Anlagen in der Bezirksverordnetenversammlung regelmäßig zum Thema gemacht.

Unter anderem wurde der beliebte Indianerspielplatz am Döhlauer Pfad in Lankwitz endlich wieder hergerichtet. Bei seiner Eröffnung 2011 zählte er zu den schönsten im ganzen Bezirk, zwischenzeitlich jedoch erreichten die SPD zahlreiche Beschwerden über das hochstehende Gras, Brennnesseln sowie die ersatzlose Demontage von Spielgeräten. Im Herbst 2019 erfolgte dann endlich die Reparatur der Anlage, auch die Wasserpumpe und der neue Matschtisch erfreuen seither wieder die kleinen Nutzerinnen und Nutzer.

Spiel und Sport für alle Generationen

Inklusion und Integration sind für Juliana Kölsch (SPD) wichtig: Die Lehrerin aus Zehlendorf setzt sich besonders für einen barrierefreien Bezirk ein. Das betrifft auch die Spielplätze: „Noch immer sind die meisten Spielplätze für Menschen mit Behinderungen nicht nutzbar“, erklärt Kölsch.

Ein weiteres Anliegen ist Kölsch die Einrichtung von sogenannten „Mehrgenerationenspielflächen“. Auf diesen können die Familienmitglieder die Zeit gemeinsam aktiv verbringen – die Enkelkinder können Rutschbahnen hinuntersausen und Klettergerüste erklimmen, währenddessen trainiert der Großvater sein Gleichgewicht und die Großmutter ihre Armmuskeln.

Die Idee kommt ursprünglich aus Asien, hat aber auch bei uns viele Anhänger. Die ersten beiden Mehrgenerationenspielflächen im Bezirk befinden sich an der Potsdamer Straße und auf dem Gelände der Domäne Dahlem. Da auch in den kommenden Jahren viele Spielplätze zu sanieren sind, dürfte sich das Konzept weiter durchsetzen.

*„Spaziergänge, Sport und Spiel – umsonst und draußen.
Dazu laden Schlachtensee und Krumme Lanke ein.
Damit das so bleibt, setzen wir uns für eine gute Balance von
Naherholung und Naturschutz in unseren Seengebieten ein.“*

Förderpreis für Frauensport

Zahlen besagen oftmals, dass Männer und Jungen mehr öffentliche Sportangebote nutzen als Frauen und Mädchen. Allerdings hat das wenig mit mangelndem Interesse am Sport zu tun. Körpergefühl, Religion, Angst vor Bewertung und ein Bedürfnis nach Sicherheit vor sexuellen Anzüglichkeiten und Belästigungen sind Gründe, warum es einen Bedarf für Frauen- und Mädchensport gibt.

Die SPD-Fraktion hat sich in einem Antrag an das Bezirksamt gewandt, um jene Sportvereine auszuzeichnen, die sich nachhaltig und in besonderem Maße um die Stärkung des Frauen- und Mädchensports verdient gemacht haben.

Der Antrag wurde im April 2019 beschlossen. Der Preis ist mit 1.000 Euro dotiert und wurde Ende des Jahres erstmals vergeben. Preisträger ist die neue Cheerleading-Abteilung des Steglitzer Sportclubs Südwest (SSC). Diese wurde im Sommer 2018 gegründet und erfreut sich einer schnell wachsenden Mitgliederzahl.

Mirko Klimas, sport-
politischer Sprecher



Wasserrettung finanziell absichern

Die Arbeitsgemeinschaft Wasserrettungsdienst arbeitet ehrenamtlich und finanziert sich weitgehend aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Diese Mittel reichen jedoch nicht aus, um Berlin mit seinen großen Wasserflächen umfassend zu schützen.

Die Stationen an allen großen Gewässern sind während der Saison an allen Wochenenden und an Feiertagen geöffnet. Neben dem Dienst auf dem Wasser werden die Helferinnen und Helfer von den Menschen auch immer häufiger aufgesucht, wenn Erste Hilfe am Ufer benötigt wird.

Die DLRG unterhält im Bezirk drei Wasserrettungsstationen

mit je einem Rettungsboot. Vor Kurzem ist ein neues Boot in Dienst gestellt worden, die Kosten dafür beliefen sich auf circa 60.000 Euro. Ein weiteres Boot ist dringend erneuerungsbedürftig. Verbrauchsmaterialien wie Treibstoff oder Mittel für die Erste Hilfe müssen ebenso finanziert werden wie Arbeitskleidung und die laufenden Kosten für die Stationen.

Die SPD-Fraktion Steglitz-Zehlendorf setzte sich daher in den letzten Haushaltsverhandlungen die Vergabe von Sondermitteln ein. Die ehrenamtliche Arbeit der Lebensretterinnen und -retter sollte zudem langfristig vom Land Berlin ausreichend finanziert werden.

Literatur für alle zugänglich machen

Lesen bildet – diese Binsenweisheit erhält heutzutage eine neue Bedeutung: Tatsächlich werden immer weniger Bücher, Zeitungen und Zeitschriften gelesen, stattdessen bestimmen Kurznachrichten und leichtverdauliche Zusammenfassungen das Weltbild vieler (gerade junger) Menschen. Ein langer Anfahrtsweg darf nicht zu einer zusätzlichen Hürde werden. Bücherbussen und Stadtteilbibliotheken kommt hierbei eine essentielle Bedeutung zu.

Zugänglichkeit kann jedoch nicht nur in Form von Standorten oder Öffnungszeiten gemessen werden. Entscheidend ist auch die Barrierefreiheit – daher hat sich die SPD-Fraktion in dieser Legislatur nicht nur für den Neubau einer Stadtteilbibliothek in Lichterfelde-Süd eingesetzt, sondern auch für einen rollstuhl- und kinderwagengerechten Zugang zur bestehenden Bücherei in Lankwitz, sowie die Einrichtung eines Blinden-Computers mit Scanner in der Ingeborg-Drewitz-Bibliothek.



Neuer Bücherbus für Steglitz-Zehlendorf

Im Herbst 2020 hat ein neuer Bücherbus in Steglitz-Zehlendorf seinen Betrieb aufgenommen – neu ist er jedoch nur im Bezirk, tatsächlich hat das Fahrzeug aus Salzburg bereits mehr als 30 Jahre auf dem Buckel. Dennoch war der Kauf ein Glücksfall: Mehrere Monate lang war nur noch einer der beiden bisherigen Bücherbusse unterwegs, da der andere wegen Rostschäden ausgemustert werden musste.

„Das Problem ist damit nicht gelöst, sondern nur aufgeschoben“, erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende Norbert Buchta: „Der Salzburger Bus ist fast schon ein Museumsstück und muss wahrscheinlich bald wieder ersetzt werden.“ Auf Antrag der SPD hat die Bezirksverordnetenversammlung Anfang 2021 beschlossen, einen weiteren Bücherbus anzuschaffen – vorzugsweise zeitgemäß mit Elektroantrieb.

Leo-Borchard-Musikschule in Raumnot

Die Leo-Borchard-Musikschule in Steglitz-Zehlendorf ist eine der größten Deutschlands. Unterrichtet werden neben Gesang alle erdenklichen Instrumente, von A wie Akkordeon bis Z wie Zither. Hunderte Kinder, Jugendliche und Erwachsene nutzen Jahr für Jahr die vielfältigen Angebote.



Schon seit langem klagt die Schule über große Raumnot. Vor allem der Konzertsaal ist für die Veranstaltungen der Musikschule viel zu klein. Die Lehrkräftevertretung hat sich daher im Frühjahr 2019 hilfesuchend an die

Bezirksverordnetenversammlung gewandt. Die SPD-Fraktion hat in Folge dessen den Antrag eingebracht, der Schule ein geeignetes, größeres Gebäude zur Verfügung zu stellen.

In den Beratungen wurde der Antrag von CDU und Grünen zu einem Prüfauftrag zurückgestuft. Das Bezirksamt soll nun lediglich prüfen, ob die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) dem Bezirk eine Liegenschaft zur Verfügung stellen kann – kostenfrei.

„Noch nie hat die BIM Liegenschaften kostenfrei zur Verfügung gestellt, und auch in diesem Fall ist das nicht zu erwarten“, stellt Martin Kromm, kulturpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, konsterniert fest. „In der von Schwarz-Grün beschlossenen Form handelt es sich nur noch um ein Feigenblatt. Ein echtes Bemühen, der Raumnot Abhilfe zu schaffen, ist dem Antrag nicht mehr zu entnehmen.“

Martin Kromm, Sprecher für Kultur und Integration, über Kulturpolitik in Zeiten der Pandemie



„Kultur ist der Kitt der Gesellschaft“, erklärte neulich Paul Spies, der Direktor der Stiftung Stadtmuseum Berlin, bei einer Veranstaltung, an der ich teilnehmen durfte. Steglitz-Zehlendorf ist ein Bezirk mit reichhaltiger Kultur. Diese Vielfalt müssen wir auch für die Zeit nach der Pandemie bewahren!

Erinnerungskultur endet nicht mit dem Aufstellen von Stelen. Daher setzen wir uns dafür ein, Erinnerung unter anderem auch in die Schulen zu tragen. Und auch, wenn Straßenumbenennungen bei vielen Anwohnerinnen und Anwohnern verständlicherweise nicht unbedingt beliebt sind, so finde ich es doch sehr wichtig, darüber zu reden, wen wir im Stadtbild so alles ehren. Ein reflektierter Umgang damit ist auch Teil der Erinnerungskultur.

Eine Rückbenennung hingegen haben wir in Lichterfelde-West unterstützt: Eine Nachbarschaftsinitiative wünschte sich den „Paulinenplatz“ zurück. Wir haben dazu nicht nur den letztlich erfolgreichen BVV-Antrag geschrieben, sondern im Haushaltsausschuss auch Sondermittel für die Neugestaltung des Platzes durchgesetzt.

Die Dahlemer Museen sind derzeit geschlossen – nicht wegen Corona, sondern weil sie ins Humboldt-Forum

umziehen. Wir setzen uns dafür ein, dass für die leerstehenden Gebäude – darunter bedeutende Beispiele der Nachkriegsarchitektur – endlich ein Nachnutzungskonzept erstellt wird.

„Wir müssen kulturelle Vielfalt im Bezirk bewahren und stärken!“

Zwei weitere – ohne Frage überaus einprägsame – Nachkriegsbauten stehen in Steglitz. Die Rede ist vom ehemaligen Hygieneinstitut sowie dem sogenannten „Mäusebunker“. Ist das Kunst, oder kann das weg?

Das Museumsdorf Düppel verrichtet seine Verwaltungsaufgaben noch immer in provisorischen Containern. Für eine Beendigung dieses Zustandes haben wir uns beim Bezirksamt stark gemacht. Zudem konnten wir erreichen, dass ein barrierefreier Umbau des Blindenmuseums möglich wird.

Kultur bewahren bedeutet auch, die „Freie Szene“ zu stärken, Proberäume für Musiker zu erhalten und die Theaterlandschaft zu unterstützen. Für die Suche nach einem geeigneten Konzertsaal für die Leo-Borhard-Musikschule werde ich mich auch in Zukunft weiterhin einsetzen!

Spanische Allee bleibt braun

Richard Draemert Stele für Stadtältesten

Richard Draemert (1880 – 1957) war SPD-Bezirksverordneter in Zehlendorf sowie Berliner Stadtverordneter. Er hatte entscheidenden Einfluss auf den Bau der Onkel-Tom-Siedlung sowie die Verlängerung der U-Bahnlinie 3 vom Thielplatz nach Krumme Lanke. Ursprünglich hätte die Linie unterhalb der Clayallee zum S-Bahnhof Zehlendorf gebaut werden sollen – Draemert setzte sich für den Verlauf entlang der Argentinischen Allee ein.

Wegen seiner politischen Überzeugungen wurde er von den Nationalsozialisten in der Strafanstalt Plötzensee und später im Konzentrationslager Sachsenhausen inhaftiert.

Die SPD-Fraktion Steglitz-Zehlendorf setzt sich schon lange für eine Ehrung Draemerts im Bezirk ein. 2013 und erneut 2017 wurde die Benennung des Vorplatzes des Bahnhofs Onkel-Toms-Hütte nach Richard Draemert beschlossen. Bis heute wird der Beschluss jedoch von der schwarz-grünen Zählgemeinschaft mit fadenscheinigen und von der Senatsverwaltung bereits widerlegten Argumenten blockiert.

Um dennoch eine Ehrung des verdienten Politikers zu erreichen, hat die SPD-Fraktion durchgesetzt, aus Anlass des 90-jährigen Bestehens der U-Bahn zunächst eine Gedenkstele auf dem Bahnhofsvorplatz aufzustellen. Diese wurde im Winter 2019 im Beisein des Regierenden Bürgermeisters Michael Müller sowie der Enkeltochter Draemerts, Ingrid Reimann, feierlich enthüllt. „Beharrlichkeit setzt sich durch!“, freute sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Norbert Buchta.

Als die Spanische Allee in Nikolassee 1939 von den Nationalsozialisten ihren Namen erhielt, wurde damit die aus Spanien zurückkehrende, deutsche „Legion Condor“ geehrt. Diese hatte auf Seiten des faschistischen Generals Franco gegen die Spanische Republik gekämpft und war dabei an zahlreichen Kriegsverbrechen beteiligt.

Bereits vor über 20 Jahren unternahm die Zehlendorfer SPD Anstrengungen, diese „Ehrung“ rückgängig zu machen. Ein erster Erfolg war im Jahr 1998 die Benennung der Grünfläche an der Spanischen Allee Ecke Breisgauer Straße in „Guernica-Platz“. Auf Initiative des damaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Klaus Uwe Benneter wurde zudem 2009 eine Informationstafel enthüllt. „Bei der Spanischen Allee würde eine Umwidmung genügen – der Name könnte also bleiben, dann jedoch an die deutsch-spanische Freundschaft erinnern,“ erklärt Martin Kromm, kulturpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Die Initiative scheiterte dennoch. „Dass ausgerechnet die Grünen lieber mit CDU und AfD gemeinsame Sache machen, damit hatten wir nicht gerechnet!“

Tatsächlich umbenennen möchte die SPD-Fraktion den Hindenburgdamm in Steglitz. Der ehemalige Reichspräsident war ein erklärter Gegner der Weimarer Republik und ernannte Adolf Hitler zum Reichskanzler. Im Januar 2020 strich Berlin Hindenburg von der Ehrenbürgerliste. Sowohl die Jusos als auch die Grüne Jugend im Bezirk hatten sich daher für die Umbenennung der Straße eingesetzt. Auch dieser Antrag scheiterte jedoch unter anderem an der Haltung der Grünen-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung.

Weit weniger bekannt ist der Maerckerweg in Lankwitz. Benannt ist die kurze Straße nach dem Kolonialisten und Antisemiten Georg Maercker. Dieser war unter anderem am Völkermord an den Herero und Nama im heutigen Namibia aktiv beteiligt. Die Umbenennung des Maerckerwegs ist mittlerweile beschlossene Sache.

Alliiertenmuseum

Umzug nicht gefährden

Seit 1998 befindet sich das Alliierten-Museum im ehemaligen US-Soldatenkino „Outpost“. Die Dauerausstellung behandelt die Zeit des Kalten Kriegs aus Sicht der Westalliierten USA, Großbritannien und Frankreich. Schon von weitem zu sehen sind der britische Rosinenbomber, ein französischer Militärzug und das berühmte Kontrollhäuschen vom Checkpoint Charlie auf der Freifläche an der Clayallee 135. Was auf Besucher imposant wirken mag, ist aus Sicht des Museums jedoch ein großes Problem: Die Ausstellungsobjekte sind in Wind und Regen dem Verfall schutzlos ausgeliefert, viele weitere Großobjekte können aus Platzgründen gar nicht gezeigt werden, ein Depot und Büroräume fehlen. Der Umzug in den Hangar und Bauteil 7 des ehemaligen Flughafens Tempelhof ist daher schon lange beschlossene Sache.

Die CDU-Fraktion in Steglitz-Zehlendorf möchte die Schau hingegen unbedingt im Bezirk halten, auch gegen den Willen von Senat und Museumsfachleuten. Selbst die Leitung des Alliiertenmuseums sieht keine Zukunft mehr an der Clayallee. Die notwendigen Investitionen seien annähernd genauso hoch wie in Tempelhof, erklärte der Museumsdirektor. Gleichzeitig würden maximal ein Fünftel der Besucherinnen und Besucher erreicht im Vergleich zu Tempelhof, wo Synergieeffekte zu erwarten sind mit dem historischen Tower und der geplanten Geschichtsgalerie.

Ellinor Trenzcek von der SPD-Fraktion stellte sich daher in der BVV-Sitzung im Dezember 2019 entschieden gegen die Forderungen ihrer schwarzgrün-gelb-braunen Kollegen: „Das Alliierten-Museum hat eine überragende Bedeutung für die ganze Stadt. Natürlich sind auch wir dafür, dass Steglitz-Zehlendorf als Kulturstandort gestärkt wird. Aber nicht um jeden Preis!“

Der Antrag der CDU wurde am Ende zwar beschlossen, dürfte aber mangels Zuständigkeit kaum Auswirkungen auf den Umzug haben.

Lern- und Gedenkort

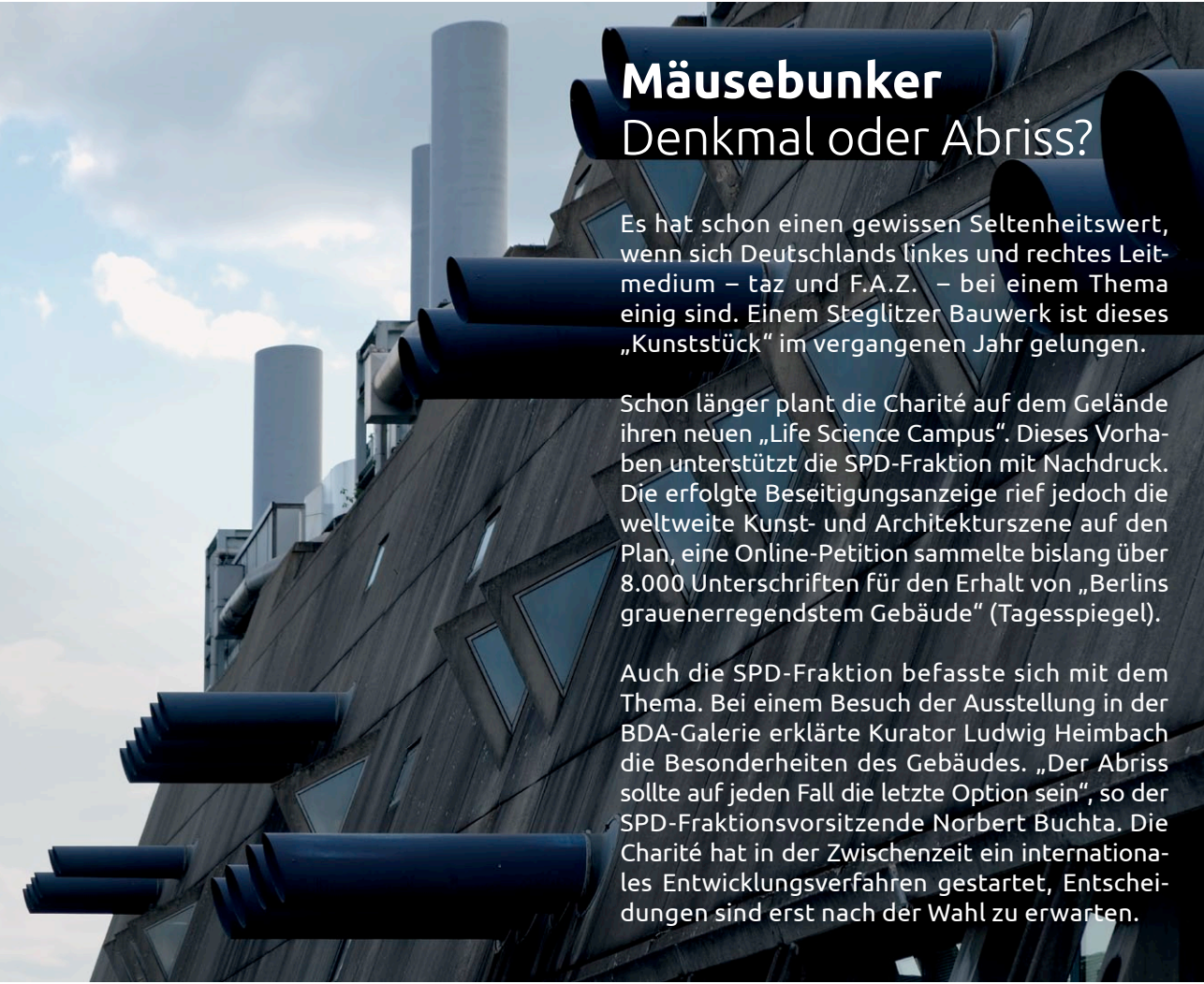
in Lichterfelde-Süd

Auf dem Gelände des ehemaligen amerikanischen Truppenübungsplatzes „Parks Range“ in Lichterfelde-Süd plant ein Investor derzeit die Errichtung eines komplett neuen Stadtteils. Während des Zweiten Weltkriegs befand sich hier jedoch das Kriegsgefangenenlager „Stalag III D“ mit ungefähr 2.600 Häftlingen. Bis heute überdauert haben drei Baracken, die Fundamente mehrerer Wachtürme sowie zahlreiche archäologische Funde. Bereits seit mehreren Jahren setzen sich das Aktionsbündnis Lichterfelde Süd und die Initiative KZ-Außenlager Lichterfelde für den Erhalt dieser Überreste sowie eine angemessene, museale Präsentation ein. Daraus hervor ging unter anderem ein erfolgreicher Einwohnerantrag, den mehr als 1.200 Menschen unterschrieben haben.

Die SPD-Fraktion Steglitz-Zehlendorf stand von Anfang an hinter den Initiativen: „Wir müssen das Gedenken an diese dunkle Zeit lebendig halten“, sagt der Vorsitzende Norbert Buchta: „Ein Foto in einem Schulbuch kann niemals die gleiche Wirkung entfalten wie ein Besuch am realen Ort der Nazi-Verbrechen.“

Eine der Baracken steht mittlerweile unter Denkmalschutz. Das Gelände befindet sich jedoch weiterhin im Besitz des Investors. „Wir wollen den dauerhaften Fortbestand der denkmalgeschützten Baracke am Landweg sicherstellen und Klarheit in der Eigentumsfrage schaffen. Denn ohne diesen Schritt werden wir keinen Betreiber für den Lern- und Gedenkort finden!“, so die SPD-Bezirksverordnete Carolyn Macmillan. Ohne die nötige Planungssicherheit hätten bislang alle Interessenten abgewunken.

„Schwarz-Grün verhindert hier einen authentischen Lernort – und am Ende sollen wir uns dann über eine App und eine Gedenktafel freuen“, ärgert sich Macmillan, die selbst in Lichterfelde lebt. „Das ist nicht das, was die Fraktionen den Bürgerinnen und Bürgern versprochen haben.“



Mäusebunker Denkmal oder Abriss?

Es hat schon einen gewissen Seltenheitswert, wenn sich Deutschlands linkes und rechtes Leitmedium – taz und F.A.Z. – bei einem Thema einig sind. Einem Steglitzer Bauwerk ist dieses „Kunststück“ im vergangenen Jahr gelungen.

Schon länger plant die Charité auf dem Gelände ihren neuen „Life Science Campus“. Dieses Vorhaben unterstützt die SPD-Fraktion mit Nachdruck. Die erfolgte Beseitigungsanzeige rief jedoch die weltweite Kunst- und Architekturszene auf den Plan, eine Online-Petition sammelte bislang über 8.000 Unterschriften für den Erhalt von „Berlins grauererregendstem Gebäude“ (Tagesspiegel).

Auch die SPD-Fraktion befasste sich mit dem Thema. Bei einem Besuch der Ausstellung in der BDA-Galerie erklärte Kurator Ludwig Heimbach die Besonderheiten des Gebäudes. „Der Abriss sollte auf jeden Fall die letzte Option sein“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Norbert Buchta. Die Charité hat in der Zwischenzeit ein internationales Entwicklungsverfahren gestartet, Entscheidungen sind erst nach der Wahl zu erwarten.

Denkmalbeirat endlich evaluieren

Im November 2017 trat der Denkmalbeirat des Bezirks zurück. Der Beirat wurde 2014 mit dem Ziel eingerichtet, die Untere Denkmalschutzbehörde in Fragen der Erhaltung und Sanierung von Bau- und Gartendenkmälern zu beraten.

Unter anderem befasste sich das Gremium mit der denkmalgerechten Wiederherstellung des Landschaftsparks Klein-Glienice, des Strandbads Wannsee sowie des Benjamin-Franklin-Klinikums. Auch zur Nachnutzung der Dahlemer Museen wurden Vorschläge erarbeitet.

Die Behörde und Bezirksbürgermeisterin Cerstin Richter-Kotowski (CDU) zeigten jedoch derart wenig Interesse an der einer Zusammenarbeit mit den Expertinnen und Experten, dass diese schließlich entnervt das Handtuch warfen.

Seither macht sich die SPD-Fraktion dafür stark, den Beirat wieder zu installieren sowie die Arbeit des Gremiums fachgerecht zu bewerten. „Wir hoffen, dass das Bezirksamt doch noch zur Erkenntnis kommt, wie wertvoll die Arbeit des Denkmalbeirates war“, so Volker Semler.

Bauen und Wohnen

Wem gehört die Stadt?

Die Einwohnerzahl Berlins wächst, Wohnraum und Infrastruktur halten dabei oft nicht Schritt. Überfüllte Straßen, blockierte Fahrradwege, verspätete Bahnen, aber auch lange Schlangen bei Wohnungsbesichtigungen: Lange waren diese Probleme im „wohlhabenden Südwesten“ weniger stark zu spüren als in den Innenstadtbezirken, mittlerweile kommt es aber auch hier zunehmend zu Verdrängungserscheinungen. Alt-eingesessene, Zuzügler, Investoren: Wem gehört die Stadt?





Zehlendorf-Mitte

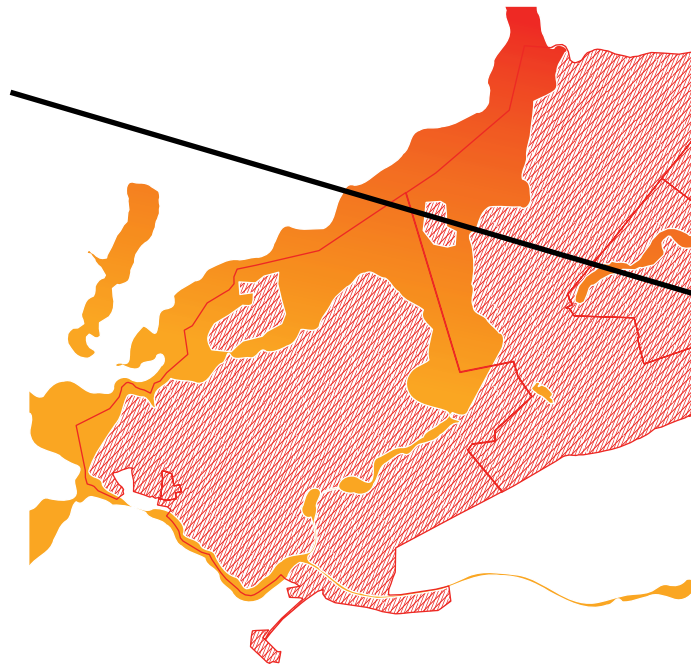
Große Pläne im Ortskern

In den kommenden Jahren stehen rund um den alten Zehlendorfer Ortskern eine Reihe großer Bauvorhaben an: Die Deutsche Bahn hat den alten Güterbahnhof verkauft und plant nun den Umbau des S-Bahnhofs, das Rathausareal soll teilweise saniert, teilweise abgerissen und neu gebaut werden, das Geschäftshaus an der Berliner Straße Ecke Clayallee soll einem Neubau weichen. Auch die Dorfaue, mehrere Fuß- und Radwege, Straßen, Plätze und Fußgängerzonen werden neu geordnet und gestaltet.

„Für den S-Bahnhof Zehlendorf konnten wir einen zusätzlichen Eingang am hinteren Bahnsteigende einschließlich einer direkten Verbindung zwischen dem Postplatz und der Machnower Straße durchsetzen!“, freut sich die Bezirksverordnete Juliana Kölsch von der SPD-Fraktion: „Davon werden auch viele Schulkinder profitieren, deren Schulweg sich deutlich verkürzen wird.“ Auch die Einrichtung einer Ampel oder eines Zebrastreifens auf der viel befahrenen Machnower Straße wurde auf einen SPD-Antrag hin beschlossen.

„Wir finden es wichtig, dass der Bezirk die Entwicklung des Zehlendorfer Zentrums durch eigene Beiträge unterstützt, und die Planung nicht allein Privatinvestoren und der Bahn überlässt“, so Kölsch. Ähnlich sieht es auch die Bürgerinitiative Zehlendorf. Die Bürgerinnen und Bürger sammelten Ende 2019 zahlreiche Unterschriften, um die Erstellung eines „Integrierten Stadtentwicklungskonzepts“ sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit in einem Bürgerdialog zu erreichen.

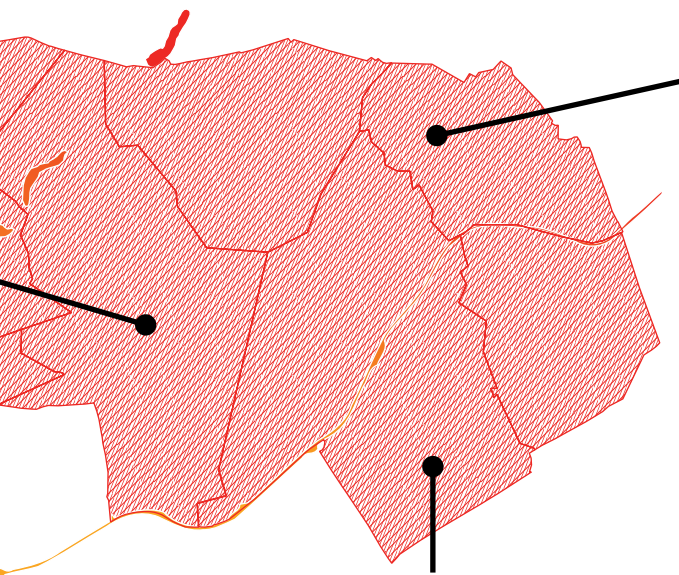
Nachdem das Wahlamt einen Teil gesammelten Unterschriften wegen eines Formfehlers für ungültig erklärt hatte, wurde von der Zählgemeinschaft schließlich auch der ersatzweise von der SPD eingebrachte Antrag abgelehnt: „Man möchte sich wohl von den Bürgerinnen und Bürgern nicht in die Planungen hineinreden lassen“, so Semler.



Mit Spannung beobachtet wird zudem der Fortgang der Planungen für den Rathaus-Neubau. Nachdem die von CDU und Grünen ab 2008 geplante Sanierung nach einer Kostensteigerung von 8 auf 35 Millionen Euro gestoppt worden war, gammelt das Gebäude bislang weiter vor sich hin – einschließlich maroder Rohre und Kabel sowie Asbestfunden in den letzten Monaten.

Aktuell ist die Ausschreibung für das städtebauliche Gutachterverfahren geplant. Untersuchungsgegenstand sind das Rathausareal, die Kirchstraße, die Platzfläche vor dem Bürgersaal und das Grundstück der Gottfried-Benn-Bibliothek am Nentershäuser Platz. Die Ausschreibung soll noch im Frühjahr 2021 erfolgen. „Wir werden das Verfahren kritisch begleiten – sowohl was die geplanten Maßnahmen als auch die Kosten angeht“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Norbert Buchta.

Das neue Rathaus soll Platz für 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirksamts bieten (statt derzeit 500). Versammelt werden sollen hier vor allem die publikumsintensiven Ämter. Das Gebäude soll jedoch auch Räume für öffentliche Begegnungen bieten – so ist zum Beispiel die Integration der Bibliothek angedacht.



Rathaus Steglitz

Mieterinteressen im Blick

Das Steglitzer Zentrum verändert derzeit stark sein Gesicht: Der Steglitzer Kreisel, ehemals Sitz des Bezirksamts, wird umgebaut zu einem Wohnturm für Luxuseigentum. Nach den Plänen des Investors sollen auch die günstigen Mietwohnungen im Sockelgeschoss abgerissen werden. Hier konnte sich die SPD-Fraktion mit ihrer Forderung durchsetzen, damit sich das Bezirksamt für Ersatzwohnraum für die Mieterinnen und Mieter einsetzen wird. Auch bei der Neugestaltung des Hermann-Ehlers-Platzes ist man einen Schritt weiter – der Ideenwettbewerb, für den sich auch die SPD stark gemacht hatte, läuft bereits.

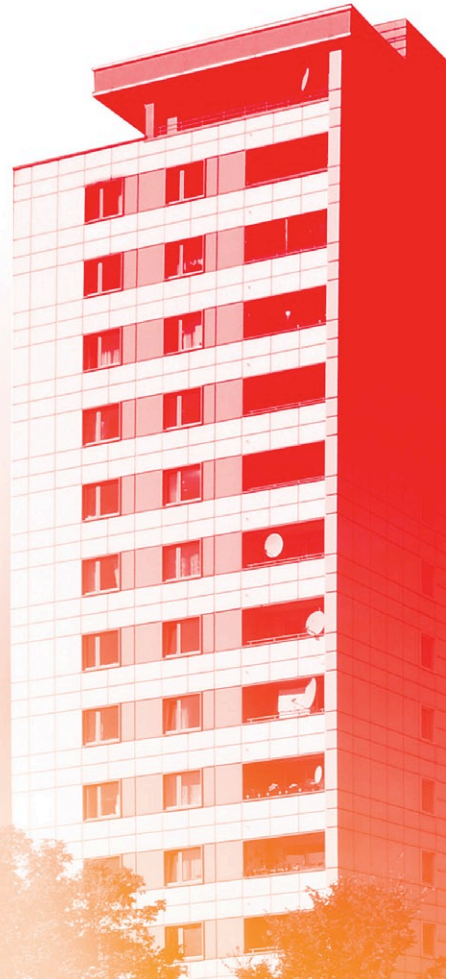
Lichterfelde-Süd

Gute Zeiten für Investoren

Nahe dem S-Bahnhof Lichterfelde-Süd befinden sich die Hochhäuser der Thermometer-Siedlung, die in den 1970er Jahren errichtet wurden. Gerade in dicht bebauten Vierteln wie diesem ist deutlich zu spüren, dass die sommerlichen Temperaturen durch den Klimawandel immer weiter steigen – ein Ende ist nicht in Sicht. Direkt daneben entstehen in den kommenden Jahren 2.500 dringend benötigte, neue Wohnungen. Es steht zu befürchten, dass die Neubauten die Frischluftzufuhr der alten Siedlung ausbremsen könnten.

Die SPD-Fraktion begrüßt den Wohnungsbau, doch gut gewollt ist nicht immer gut gemacht: „Dass das Bezirksamt den städtebaulichen Vertrag mit dem Investor genau an dem Stichtag schließt, bis zu dem er deutlich weniger Sozialwohnungen errichten muss, hat einen üblen Beigeschmack“, findet Volker Semler, Sprecher für Stadtentwicklung. Verhandelt wurde hinter verschlossenen Türen.

Generell fällt auf, dass die schwarz-grüne Zählgemeinschaft in Lichterfelde-Süd vor allem die Investoreninteressen im Blick hatte: Die Sozialdemokraten hatten sich für mehr Schallschutz, eine neue Stadtteilbibliothek sowie den rechtzeitigen Baubeginn der Schule eingesetzt – alle Anträge wurden von CDU und Grünen abgelehnt. Auch ein Klimagutachten, um gegebenenfalls bei Aufteilung und Anordnung der Neubauten nachjustieren zu können, scheiterte in der BVV. Mit Hilfe des damaligen Staatssekretärs Engelbert Lütke Daldrup (SPD) konnte immerhin ein Teil der beabsichtigten Einfamilienhausbebauung geändert werden zur Schaffung von deutlich mehr Wohneinheiten in Geschossbauweise.



Volker Semler, Sprecher für
Stadtplanung und Wirtschaft



*„Steglitz-Zehlendorf ist ein wachsender,
familienfreundlicher und grüner Bezirk für alle
– und das soll auch so bleiben!“*

Milieuschutz einrichten Endlich wirksamer Mieterschutz

Bereits seit 2006 setzen sich die Sozialdemokraten in Steglitz-Zehlendorf für einen wirksamen Milieuschutz ein. Nach langem Widerstand haben sich im September 2020 auch CDU und Grünen in der Bezirksverordnetenversammlung der Forderung angeschlossen und die Durchführung von Voruntersuchungen zur Einrichtung von Milieuschutzgebieten beschlossen.

„Bedauerlich ist die viele vertane Zeit, in der ein wirksamer Mieterschutz verhindert wurde. In dieser Zeit haben viele Menschen im Bezirk ihre Wohnung räumen müssen!“, so Volker Semler, Sprecher für Stadtplanung der SPD-Fraktion. Die Einrichtung eines Milieuschutzgebiets bedeutet vor allem die Verhinderung der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Auch Luxus-sanierungen sind dann nicht mehr zulässig.

Die Einführung dieses wirkungsvollen Instruments war von der schwarz-grünen Zählgemeinschaft mit Blick auf Investoreninteressen stets

blockiert worden, dabei waren die besorgniserregenden Tendenzen unübersehbar: Unter anderem werden bereits seit mehreren Jahren im Rahmen von Modernisierungen – wo immer möglich – kleinere Wohnungen zu größeren zusammengelegt, was zu einer spürbaren Verknappung bezahlbaren Wohnraums führt. Lange war man von derartigen Entwicklungen nur im Innenstadtbereich ausgegangen und ignorierte die Vorgänge in Steglitz-Zehlendorf komplett.

Der Einsatz für die Mieterinnen und Mieter im Bezirk ist für die SPD-Fraktion mit dem erfolgten Beschluss nicht vorbei: In einer Studie hatten Gutachter Auffälligkeiten im Bereich Berg- und Bismarckstraße sowie am Augustaplatz festgestellt. Auch im Lankwitzer Komponistenviertel, dem Schweizer Viertel, am Hüttenweg sowie in Zehlendorf-Mitte sei mit Verdrängung zu rechnen. Die SPD fordert daher weiterhin eine kontinuierliche Beobachtung: „Wir dürfen vor Verdrängung nicht die Augen verschließen!“, so Semler.



Carolyn Macmillan, Sprecherin
für Frauen und Gleichstellung

Mitglied im Ausschuss für
Stadtplanung und Wirtschaft

*„Hier gibt es Nachbarschaften
mit Lebensqualität und
sozialem Zusammenhalt.“*

Kranoldplatz und Ferdinandmarkt Kleinteiligen Einzelhandel erhalten

Der Kranoldplatz und das historisch gewachsene Zentrum rund um den Bahnhof Lichterfelde-Ost ist geprägt von einer traditionellen, kleinteiligen Struktur mit inhabergeführten Geschäften. In den letzten Jahren haben sich zudem mehrere bekannte Filialisten – zwei Supermärkte, eine Drogerie, diverse Modeläden – im Einkaufszentrum „LIO“ angesiedelt. Die Mischung funktioniert gut.

Seit jedoch ein Investor zwei Gebäudekomplexe am Platz und in der Ferdinandstraße erworben hat, herrscht große Verunsicherung: „Mehrere Geschäftsinhaberinnen und -inhaber sind an mich herangetreten und haben mir von teilweise auf das Doppelte gestiegenen Gewerbemieten und existenzbedrohenden Vertragsklauseln berichtet“, erzählt Carolyn Macmillan, SPD-Bezirksverordnete aus Lichterfelde. „Für kleine Einzelhändler wird das schnell zur Frage des Überlebens!“

Wer heute am Platz spazieren geht, sieht sofort, dass sich die Ladenschließungen häufen – eine

Entwicklung, die nicht erst mit der Corona-Pandemie begonnen hat. Gegen die Verdrängung aus ihrer Nachbarschaft wehrt sich auch die „Bürgerinitiative Kranoldkiez“, in der sich einige Gewerbetreibende sowie zahlreiche Anwohnerinnen und Anwohner zusammengeschlossen haben. Die SPD-Fraktion unterstützt deren Ziele: „Wir möchten im Kern unbedingt das gewachsene, vielfältige Einkaufsangebot erhalten“, erklärt der Fraktionsvorsitzende Norbert Buchta.

Bereits im vergangenen Jahr wurde den Gewerbetreibenden im Ferdinandmarkt gekündigt, die nun verzweifelt auf der Suche nach einem neuen Standort sind. Der Investor hatte geplant, großflächigen Einzelhandel anzusiedeln. Nachdem es parteiübergreifenden Widerstand gegen diese Pläne gegeben hatte, soll nun eine Markthalle ähnlich jener am Marheinekeplatz in Kreuzberg entstehen, mit Glasfassade und festen Ständen. „Wir werden uns die Vorschläge genau ansehen und die Entwicklung beobachten“, so Macmillan.

Sicherheit für Fußgänger

Bezirke erhalten mehr Befugnisse

Bei vielen Gesprächen mit den Menschen in Steglitz-Zehlendorf zeigte sich, dass die Mobilität zu Fuß für viele eines der wichtigsten Anliegen ist: „Schlechte Bürgersteige müssen renoviert und Stolperfallen beseitigt, Bordsteine abgesenkt und Übergänge markiert werden. Viele Bürgerinnen und Bürger wünschen sich zudem eine bessere Straßenbeleuchtung,“ so Juliana Kölsch. Isolierte Verbesserungen seien

sind oft eine gute Alternative. Unter anderem für die Gallwitzallee in Lankwitz wurde ein Zebrastreifen im Juni 2019 beschlossen und Ende 2020 angelegt.

Dass es auch deutlich länger dauern kann, zeigte sich ebenfalls in Lankwitz: Seit 2015 setzte sich eine Bürgerinitiative für einen Zebrastreifen ein, der BVV-Beschluss folgte 2018 – anschließend passierte lange gar nichts.

„Wir wollen für die Menschen in unserem Bezirk eine gute Verkehrsinfrastruktur und sichere Schulwege.“

Dazu gehören für uns selbstverständlich Radwege, Fußwege und öffentliche Verkehrsmittel.“

keine Lösung, erklärt die Vorsitzende des Pflege- und Sozialausschusses: „Für Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, wird der Weg zum Supermarkt nicht leichter, wenn nur die Hälfte der Bordsteine abgesenkt wird.“

Wer zu Fuß unterwegs ist, steht naturgemäß regelmäßig vor der Aufgabe, eine Straße überqueren zu müssen: „Ampeln sind am sichersten, aber es ist unglaublich langwierig, bis das mal geprüft, genehmigt und eingerichtet ist,“ weiß Uwe Netzel, Sprecher für Verkehrspolitik. Zebrastreifen

Erst auf Antrag von Dmitri Stratievski fand Ende 2019 ein Ortstermin statt. Als Ergebnis soll nun zumindest eine Gehwegvorstreckung gebaut werden. Dass bis zur Umsetzung von BVV-Beschlüssen oft Geduld und Hartnäckigkeit gefragt sind, ist der Lankwitzer SPD-Verordnete jedoch inzwischen gewohnt.

„Durch das von der Berliner SPD initiierte Fußverkehrsgesetz haben wir in Zukunft auch im Bezirk mehr Möglichkeiten, die Situation der Fußgänger zu verbessern“, freut sich Uwe Netzel.



Uwe Netzel,
Sprecher für
Verkehrspolitik



Temporäre Spielstraßen

Bezirksamt hilft bei Einrichtung

In vielen Kiezen gibt es nicht genug Spielplätze. Temporäre Spielstraßen können eine gute Ergänzung sein. Sie schaffen mehr Platz für Kinder in der Stadt und ermöglichen andere Spielmöglichkeiten, zum Beispiel unterschiedliche Ballspiele. Auch kann gefahrlos mit Rollschuhen gefahren werden, da die Straßenbeläge meist deutlich ebener sind als Gehwege.

Temporäre Spielstraßen gibt es schon in einigen anderen Berliner Bezirken. In London wurden innerhalb von drei Jahren über 100 temporäre Spielstraßen geschaffen. Ende September 2020 wurden zudem anlässlich des „auto-freien Tags“ schon einmal mehrere Straßenabschnitte in Berlin für einige

Stunden zu Spielstraßen erklärt – darunter die Baseler Straße in Lichterfelde. Der Bezirksverordnete Rainer Ziffels genoss die Freiheit sichtlich.

In Steglitz-Zehlendorf gibt viele Nebenstraßen, die sich als temporäre Spielstraßen eignen würden. Wichtig ist jedoch die mehrheitliche Unterstützung der Anwohner und deren Bereitschaft, bei den Sperrungen die Aufsicht zu übernehmen.

Die SPD-Fraktion möchte daher die Bürgerinnen und Bürger im Bezirk bei der Einrichtung temporärer Spielstraßen unterstützen. Die Bezirksverordnetenversammlung hat dem Antrag im Februar 2021 zugestimmt.

Alternativen statt Verbote

Verkehrswende sozial gestalten



Der Klimawandel ebenso wie die wachsende Stadtbevölkerung erfordern in den kommenden Jahren eine radikale Verkehrswende. Elektromobilität soll für einen verringerten CO₂-Ausstoß sorgen, neue Mobilitätskonzepte wie Car- und Bikesharing ermöglichen eine neue Aufteilung des Stadtraums.

Doch nicht jeder kann sich eine Innenstadtwohnung in der Nähe der Arbeitsstelle leisten. Oft müssten gerade Familien und Menschen mit kleinem Einkommen mehr und längere Strecken zurücklegen als alleinstehende Gutverdiener. Der Lankwitzer SPD-Verordnete Dmitri Stratievski setzt sich daher vor allem für einen leistungsstarken öffentlichen Nahverkehr ein.

Auf ein Nadelöhr im Bezirk trifft der promovierte Politologe und Historiker fast täglich: Die Bushaltestelle mit den meisten Fahrgästen der Stadt. Sieben Linien befördern die Passagiere von Lankwitz Kirche aus in die Innenstadt

ebenso wie an den Stadtrand, nach Zehlendorf und nach Tempelhof.

Nicht erst mit der Corona-Pandemie sind volle Busse zum Problem geworden: Beinahe rund um die Uhr stehen die Menschen hier dicht gedrängt in den Fahrzeugen. Spätestens wenn in den kommenden Jahren in Lichterfelde-Süd ein komplett neuer Stadtteil errichtet wird, ist ein Verkehrsfarkt im benachbarten Lankwitz absehbar.

„Derzeit gibt es von Lichterfelde-Süd aus lediglich die S-Bahn in Richtung östliche Innenstadt – Friedrichstraße, Alexanderplatz“, erklärt Stratievski. „Ins Steglitzer Zentrum oder Richtung Ku’damm wird es zumindest in den ersten Jahren nur die Buslinien geben, die schon heute regelmäßig aus allen Nähten platzen oder im Stau stehen!“

Die SPD-Fraktion setzt sich daher vor allem für den konsequenten Ausbau von U- und S-Bahnstrecken ein.

Bereits in den 1970er Jahren wurde eine Verlängerung der U-Bahnlinie 9 von Rathaus Steglitz bis Lankwitz Kirche geplant – dies müsse man nun endlich angehen, so der Fraktionsvorsitzende Norbert Buchta nachdrücklich. Mitte der 1980er Jahre sei bereits mit dem Bau eines Tunnels zum geplanten Bahnhof Albrechtstraße begonnen worden. Weitere Stationen sind am Stadtpark Steglitz, an der Halskestraße und am S-Bahnhof Lankwitz vorgesehen, hier bestünde dann eine Umsteigemöglichkeit nach Lichterfelde-Süd. Der Endbahnhof sollte an der Kreuzung Leonoren- Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße entstehen.



Dr. Dmitri Stratievski,
Sprecher für Hochbau-,
Gebäude- und IT-Verwaltung

„Niemand kennt sich besser aus als die Menschen in den Initiativen und den Vereinen vor Ort!“

Derzeit blockiert vor allem die Zählgemeinschaft aus CDU und Grünen im Bezirk das Projekt, Widerstand kommt zudem von den Grünen im Berliner Senat, die den Bau von Straßenbahnen bevorzugen. „Für den Weg in die Innenstadt ist die Straßenbahn zu langsam und hat auch gar nicht genug Kapazität“, gibt Stratievski zu bedenken.

Er fordert stattdessen zusätzlich zur U-Bahn auch den zweigleisigen Ausbau der S-Bahn zwischen Süden und Lichterfelde-Ost. Bei der Wiederinbetriebnahme in den 1990er Jahren wurde hier nur eingleisig gebaut. Der Platz für ein zweites Gleis ist jedoch noch immer vorhanden, eine Realisierung daher zeitnah möglich: „Idealerweise noch vor der Fertigstellung des

neuen Wohnviertels in Lichterfelde-Süd“, wünscht sich Dmitri Stratievski.

Einen großen Erfolg in der Verkehrspolitik kann der hartnäckige Bezirksverordnete Stratievski zudem schon vorweisen: Die Taktverdichtung der Buslinie X83 zählt zu den Erfolgen des Lankwitzers.

Weitere Anliegen der SPD-Fraktion sind die Verlängerung der U3 von der Krummen Lanke zum Mexikoplatz sowie ein zügiger Wiederaufbau der Stammbahn nach Potsdam. Auch die Rückkehr der Verstärkerzüge auf der S1, die die Bahn Mitte 2017 gestrichen hatte, geht auf eine SPD-Initiative zurück. Zuvor waren die S-Bahnen vor allem im Berufsverkehr oft überfüllt.

Sicherheit im Radverkehr

Im Einsatz gegen Falschparker

Tagtäglich werden Radfahrende überall im Bezirk zu gefährlichen Ausweichmanövern gezwungen, weil Falschparker den Fahrradweg blockieren. In der Steglitzer Schloßstraße ärgerten sich viele Radler ganz besonders über die unzähligen Lieferfahrzeuge, die Tag für Tag an den gleichen Stellen stehenbleiben, um auszuladen. Ein Aktivist dokumentierte das Problem über mehrere Wochen hinweg auf Twitter und forderte die Bezirkspolitik zum Handeln auf.



Im Herbst letzten Jahres diskutierten die SPD-Fraktion und Michael Karnetzki, Stadtrat für Ordnung, Nahverkehr und Bürgerdienste, in der Schloßstraße mit Vertretern der betroffenen Gruppen. Aus dem Gespräch sind mehrere Anträge entstanden, von denen einer bereits in der BVV beschlossen wurde.

„Wir müssen das Falschparken in den Ladezonen in den Griff bekommen. Darunter leiden nämlich sowohl die Händler, deren Lieferanten quasi zwangsläufig in zweiter Spur parken müssen, aber vor allem die Radfahrenden“, so der Fraktionsvorsitzende Norbert Buchta, der ebenfalls an dem Gespräch teilnahm.



Gespräche münden in konkrete Maßnahmen

Im Januar 2021 haben die Bezirksverordneten beschlossen, die ausgewiesenen Ladezonen in der Schloßstraße besser zu kennzeichnen. Der Beginn der Ladezonen wird wie von den Gewerbetreibenden gewünscht auf 7 Uhr vorverlegt. Noch in der Beratung ist die Forderung nach Abschaffung der Pkw-Parkplätze – Behindertenparkplätze und Elektroladestationen ausgenommen. Der Antrag zur Schaffung eines Parkleitsystems zu den Parkhäusern, das den Suchverkehr reduzieren würde, wurde hingegen Anfang 2021 abgelehnt.

Bereits 2017 wurde ein SPD-Antrag für mehr Sicherheit in der Albrechtstraße von der BVV angenommen. Ebenfalls beschlossen ist die Schaffung von zusätzlichen Fahrrad-Abstellplätzen im Umfeld des Bahnhofs Rathaus Steglitz.

Lastenräder kostenlos ausleihen

Auch die Förderung und Anschaffung von öffentlichen Lastenfahrrädern geht auf eine SPD-Initiative zurück: Radfahrende geraten bei Einkäufen oder dem Transport sperriger Güter schnell an ihre Grenzen. Lastenfahrräder sind eine gute Alternative, kosten in der Anschaffung jedoch leicht bis zu 5.000 Euro, wenn noch ein Elektromotor an Bord sein soll. Vielfach wird dann doch das Auto für die Einkäufe genommen. Die SPD-Fraktion hat sich daher dafür eingesetzt, dass sich der Bezirk an der Lastenräder-Verleihflotte des Fahrradclubs ADFC beteiligt. Die Räder sind seit 2019 im Bezirk unterwegs und werden hervorragend angenommen. Eine Ausleihe ist nach Anmeldung möglich und kostenlos.

Global denken – lokal handeln

SPD ist Vorreiter beim Umwelt- und Naturschutz

Das Jahr 2019 stand ganz im Zeichen des Klimaschutzes. Die weltweite Jugendbewegung „Fridays for Future“ rückte dieses wichtige Thema in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Das erfolgreiche „Volksbegehren Artenvielfalt“ zeigte in Bayern exemplarisch, dass das immense Insektensterben in Deutschland die Bürgerinnen und Bürger nicht kalt lässt.

In Steglitz-Zehlendorf war es in der zu Ende gehenden Legislatur vor allem die SPD, die sich den Kampf gegen Klimawandel und Umweltzerstörung in zahlreichen Anträgen zu eigen machte, unter anderem mit der Forderung nach einem kompletten Verzicht auf fossile Verbrennungsmotoren im bezirkseigenen Fahrzeugpark bis 2030. Bei allen Beschlüssen des Bezirksamts oder der Bezirksverordnetenversammlung sollte zudem geprüft werden, mit welchen Klimabelastungen diese verbunden sind. Auch das bezirkliche Klimaschutzkonzept – die letzte Fassung stammt aus dem Jahr 2011 – muss dringend aktualisiert werden, worauf die SPD-Fraktion die schwarz-grüne Zählgemeinschaft mehrfach hinwies.

Auch im grünen Berliner Südwesten verschwinden naturbelassene Grünflächen, der Baumbestand schrumpft

seit Jahren. Im Sinne eines lebenswerten Bezirks forderte die SPD-Fraktion daher, dass die Neupflanzung von Bäumen sowie der Erhalt und die Schaffung von Blühwiesen für Insekten deutlich mehr Beachtung in der Stadtplanung findet.

Erfolge gab es bereits bei der Festsetzung der biologischen Vielfalt zum Nachhaltigkeitsziel des Bezirks, Ökologie hat mittlerweile einen höheren Stellenwert bei der Grünpflege erhalten. Auch die großflächige Entfernung von Hecken wurde auf Initiative der SPD-Fraktion verhindert.

Beschlossen – vergessen

Nicht immer bedeutet ein positiver BVV-Beschluss auch das erfolgreiche Ende einer Initiative. Gerade bei innovativen Ansätzen zur Verbesserung der Lebensqualität oder des Umweltschutzes tut sich die schwarz-grüne Zählgemeinschaft auffallend schwer.

So hatten die Bezirksverordneten unter anderem im Mai 2017 beschlossen zu prüfen, ob im Bezirk ein sogenannter „City Tree“ aufgestellt werden könne – dieser dient zur Luftfilterung und kann den Feinstaub von 400 Fahrzeugen täglich binden, was der Leistung von 275 Bäumen entspricht. Entwickelt wurden die Geräte vom



Olemia Flores Ramirez, Sprecherin für Gesundheit, Haushalt und Personal, hat für die SPD-Fraktion den Klimaantrag auf den Weg gebracht.

Unternehmen „Green City Solutions“ aus Berlin-Schöneberg. Das Bezirksamt teilte nach einer entsprechenden Prüfung mit, dass die City Trees durchaus zum Einsatz kommen könnten.

„Der Klimawandel ist die größte Herausforderung unserer Zeit. Jeder und jede einzelne muss einen Beitrag leisten!“

Obwohl der Verkehr durch verschiedene Großbauprojekte im Bezirk zunimmt, Maßnahmen zur Luftreinhaltung somit immer dringender werden, wurden seitens des Bezirksamts in den darauffolgenden zweieinhalb Jahren jedoch keinerlei weitere Bemühungen unternommen. Ein SPD-Antrag, das Projekt endlich in Angriff zu nehmen, wurde im Februar 2020 von der BVV abgelehnt.

Bislang kaum Fortschritte gibt es auch bei der SPD-Initiative zur Beschaffung von Bewässerungssäcken, die den sommerlichen Wassermangel der Straßenbäume lindern könnten. Nicht immer ist es effektiv, den Gartenschlauch an den Baum zu halten.

Das Erdreich ist vielfach durch die Trockenheit verhärtet. Wasser verdunstet dann nutzlos ohne die Wurzeln zu erreichen. Bewässerungssäcke hingegen geben das Wasser gleichmäßig ab und halten den Boden so langfristig feucht. Einige der Säcke könnten nach den Vorstellungen der SPD-Fraktion zudem an interessierte Bürgerinnen und Bürger ausgeliehen werden, um deren Bewässerungsaktivitäten zu unterstützen. In anderen Bezirken kommen diese bereits zum Einsatz, in Steglitz-Zehlendorf hingegen ist nach dem Prüfauftrag bislang nichts geschehen.

Den Klimaschutz sozialverträglich gestalten

„Wir möchten in Steglitz-Zehlendorf intensiv über unsere Vorstellungen für einen klimafreundlichen Bezirk diskutieren, und dabei verstärkt auch zivilgesellschaftliche Gruppen einbeziehen«, erläutert Olemia Flores Ramirez, Sprecherin für Gesundheit, die Ziele der SPD-Fraktion. Obwohl eine klimaneutrale Energieversorgung bei allen Neubauten angestrebt wird, darf das Ziel, ausreichend bezahlbaren Wohnraum für die Bevölkerung zu schaffen, nicht darunter leiden. Der Berliner Senat könnte hier mit einer Klimaschutz-orientierten Novelle der Bauordnung Abhilfe schaffen.

Klimaschutz

Konkrete Maßnahmen beschlossen

In der Politik sind oft Bretter zu bohren – sehr dicke Bretter. Dass es dennoch wichtig ist, entgegen aller Widerstände die Geduld zu bewahren und das Ziel niemals aus den Augen zu verlieren, zeigte sich in Steglitz-Zehlendorf unter anderem beim Klimaschutz.

Bereits im September 2019 forderte die SPD-Fraktion in einem Antrag, die bezirklichen Anstrengungen zum Klimaschutz deutlich zu intensivieren. Anstatt das Thema anzupacken, wurde der Antrag mit den Stimmen von Grünen und CDU in nahezu alle Ausschüsse überwiesen, dort zum Teil immer wieder monatelang vertagt.

Bereits vor den Verhandlungen ist die SPD-Fraktion auf die Steglitz-Zehlendorfer Gruppe von „Fridays for Future“ zugegangen. Mittlerweile findet ein guter Austausch statt: „Für uns ist die inhaltliche Einbindung und kritische Diskussion mit Fridays for Future sehr wichtig. Daher haben wir die Beteiligung der jungen Aktivistinnen und Aktivisten sowohl im Umwelt- als auch im Haushaltsaus-

schuss beantragt,“ erklärt Olemia Flores Ramirez, die für die SPD den Klimaantrag verantwortete.

„Wir haben versucht, unseren Antrag auf eine möglichst breite Basis zu stellen, damit am Ende nicht nur ein Stapel Papier herauskommt, sondern die Maßnahmen auch tatsächlich umgesetzt werden. Dafür brauchten wir die Unterstützung der anderen Fraktionen.“

Für die SPD stellt der Antrag die Basis für ein klimagerechtes Steglitz-Zehlendorf dar. Darauf wird die Fraktion nun aufbauen: „Letzlich mussten wir leider eine Reihe von Kompromissen machen, um den Antrag durch die Bezirksverordnetenversammlung zu bekommen – vor allem von Seiten der schwarz-grünen Zählgemeinschaft kam viel Gegenwind. Daher werden wir uns auch in Zukunft immer wieder mit dem Thema Klimaschutz auseinandersetzen, und – in Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern – weitere Anträge einbringen!“, so Flores Ramirez.

Klimaantrag

(Auszug)

Allgemein

Im Bezirksamt wird ein Klimaschutzbeauftragter beziehungsweise eine Klimaschutzbeauftragte eingerichtet. Eine zweite Stelle wird beim Land Berlin beantragt. Jährlich wird eine Zukunftskonferenz Klimaschutz im Bezirk ausgerichtet. Alle zwei Jahre soll ein Bericht zur Klimabilanz und zu den Aktivitäten zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes veröffentlicht werden – transparent und öffentlichkeitswirksam im Internet. Dienstreisen sollen möglichst klimaschonend erfolgen.

Der bezirkliche Wärme- und Verkehrshaushalt wird auf eine regenerative Basis umgestellt. Bei der Materialbeschaffung ist auf umweltfreundliche, recycelbare Materialien zu achten. Bei Fahrzeugen soll auf Verbrennungsmotoren verzichtet und wo möglich Dienstfahräder eingesetzt werden. Auf dem Wege der Digitalisierung sollen Kundinnen und Kunden möglichst einzelne Wege erspart werden.

Verkehr

Die Beschleunigung und der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs sowie die Einrichtung von „Mobility Hubs“ der BVG an allen U- und S-Bahnhöfen wird unterstützt. Die Radinfrastruktur, Fahrradparkhäuser sowie Radschnellwege werden ausgebaut.

Stadtplanung

Beim Abschluss von städtebaulichen Verträgen setzt sich der Bezirk für klimagerechte Energie- und Mobilitätskonzepte ein. Flächen sollen minimal versiegelt und erfolgte Versiegelungen – zum Beispiel Stadtplätze und Schulhöfe – geöffnet und unter ökologischen Gesichtspunkten gestaltet werden. Gegenüber Bauinteressierten sollen die Vorteile von Gebäuden nach dem Passivhausstandard deutlich gemacht werden.

Gebäude

Wenn möglich soll klimaneutral oder im Plusenergiestandard gebaut und der Bestand optimiert werden. Dies gilt insbesondere auch für den Neubau und die Sanierung des Rathauses Zehlendorf. Bevorzugt sollen nachwachsende Rohstoffe zum Einsatz kommen. Solaranlagen und Dachbegrünungen sollen geprüft und angeregt werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen Fortbildungsangebote zur Energieeffizienz sowie klimaneutralem Bauen und Sanieren erhalten.

Wirtschaft

Es sollen vor allem jene Firmen unterstützt werden, die ihre ökologische Verantwortung aktiv in der Unternehmensstrategie umsetzen. Bodenfruchtbarkeit und Biodiversität sollen gefördert werden.

Grünflächen

Das Stadtgrün wird durch Ankauf ausgeweitet. Bis 2025 sollen 12.000 neue Bäume gepflanzt werden. Straßenabschnitte ohne Bäume sollen bepflanzt werden – primär mit Arten, die resister gegen Hitze und Trockenheit sind. Das Ordnungsamt wird besonders auf umweltgefährdende, bodenverunreinigende Vergehen achten. Illegales Parken auf Baumscheiben, Rad- und Fußwegen wird mit Nachdruck verfolgt.

Schule

Das Thema Klimawandel und der Klimaschutz sollen sich in den Lehrplänen ausreichend wiederfinden und entsprechende Projekte unterstützt werden. Insbesondere beim Schulessen kann gezielt Einfluss auf die Klimabilanz und die gesunde Ernährung genommen werden. Daher setzt sich das Bezirksamt dafür ein, dass im Vergabeverfahren für Catering-Betriebe ein Schwerpunkt auf regionale Produkte gelegt wird.

Sport

Bei der Neuanlage von Sportplätzen ist auf eine möglichst geringe Bodenversiegelung zu achten. Neue Sporthallen sollten wenn möglich Solarstromanlagen erhalten. Vereine sollen dabei unterstützt werden, ihre Gebäude energetisch zu sanieren.



Havelchaussee autofrei am Wochenende

Seit Mai 2020 haben sich über 5.000 Menschen einer Online-Petition angeschlossen, die die Umwandlung der Havelchaussee zur Fahrradstraße fordert. Die SPD-Fraktion Steglitz-Zehlendorf steht diesem Ansinnen offen gegenüber: „In den letzten Jahren hat der Verkehr auf der Havelchaussee stark zugenommen. Vor allem an den Wochenenden wird wie wild geparkt: auf dem Fußweg, im Wald“, erklärt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Rainer Ziffels.

„Unser Konzept sieht vor, die Havelchaussee auf dem Abschnitt zwischen Postfenn und Kronprinzessinnenweg für den privaten Fahrzeugverkehr zu sperren – aber nur an Wochenenden und möglicherweise Feiertagen.“ Die an der Straße gelegenen Restaurants und das Hotel müssten erreichbar bleiben, sowie die Bedürfnisse von mobilitätseingeschränkten Personen berücksichtigt werden: Gewerbefahrzeuge, Taxis und die BVG sollen die Straße weiter nutzen dürfen, der Takt der Busse zudem verdichtet werden.

Während sich die Bezirksverordnetenversammlung in Charlottenburg-Wilmersdorf Ende 2020 mehrheitlich für die Umwidmung der Havelchaussee zur Fahrradstraße ausgesprochen hat, scheiterte der SPD-Antrag in Steglitz-Zehlendorf im März 2021 an der Mehrheit von Grünen und CDU.

„Unser Bezirk bietet vielen geschützten Tier- und Pflanzenarten einen Lebensraum, den wir bewahren wollen. Auch für Erholungssuchende!“

Rainer Ziffels, umweltpolitischer Sprecher



Artenvielfalt mit „Bee Stops“ **Insektenschutz im Gemeindepark Lankwitz**

Bald könnte es über den Köpfen wartender Fahrgäste auch in Steglitz-Zehlendorf summen und brummen: Die niederländische Stadt Utrecht bepflanzt mit großem Erfolg über 300 Haltestellendächer, auch in Leipzig, Düsseldorf und Trier sind in den letzten Jahren zahlreiche Mini-Gärten auf den Dächern der Bushaltestellen entstanden.

Die Pflanzen auf den sogenannten Bee Stops bieten Nahrung für viele Insektenarten. Bei Hitze wird die Luft gekühlt, das Mikroklima verbessert. Gleichzeitig filtert die Grünbedachung Feinstaub aus der Luft und speichert Regenwasser.

Da die BVG derzeit ohnehin die Erneuerung der Wartehäuschen plant, sah die SPD-Fraktion Anfang 2020 den idealen Zeitpunkt für ein Pilotprojekt im Bezirk. Das Berliner Abgeordnetenhaus wird das Projekt mit bis zu 50.000 Euro pro Jahr fördern.

Dass gute Absichten mitunter auch für neue Konflikte sorgen können, zeigte sich im Sommer 2018 exemplarisch im Lankwitzer Gemeindepark. Im Rahmen des Fernradwegs Leipzig-Berlin plante die grüne Umweltstadträtin eine Abkürzung durch den Park hindurch – jedoch nicht auf bestehenden Wegen, sondern über eine Naturwiese, die hierfür mit einer Asphaltdecke versiegelt werden sollte.

Die SPD-Fraktion, Umweltverbände sowie viele Anwohnerinnen und Anwohner stellten sich aus gleich mehreren Gründen gegen das Projekt: Im Kampf gegen das Insektensterben investiert das Land Berlin 1,7 Millionen Euro, um das Angebot natürlicher Blühflächen zu erhöhen. Die Vernichtung existierender Naturwiesen erscheint allein vor diesem Hintergrund bereits absurd. Kurz vor Baubeginn wurden zudem streng geschützte Wildbienen entdeckt.

„Ein Eingriff in ein Gartendenkmal, die Zerstörung von Blühflächen, Inkaufnahme von Wurzelschäden bei den Bäumen an der geplanten Strecke, und nun die aufwändige Umsiedlung geschützter Wildbienen – die Liste der Schäden kann eine so kurze Abkürzung nicht rechtfertigen!“ fasst der Lankwitzer Bezirksverordnete Dmitri Stratievski die Situation zusammen. Mehrere Eltern, die regelmäßig mit ihren Kindern den neben der geplanten Strecke gelegenen Spielplatz besuchen, äußerten zusätzlich auch Sicherheitsbedenken.

Die SPD-Fraktion forderte die Stadträtin daher auf, die Einrichtung einer Einbahnstraße auf den letzten Metern der Mühlenstraße zu prüfen – damit ergäbe sich genug Platz für den Fernradweg. Ende 2019 wurde der Antrag abgelehnt. Derzeit liegt das Projekt zwar auf Eis, ist aber nicht vom Tisch.



Frischer Wind im Seengebiet

Zukunftskonzept Schlachtensee und Krumme Lanke

Der Schlachtensee und die Krumme Lanke gehören zu den beliebtesten Erholungsgebieten und Badeseen in ganz Berlin. Die durch den Klimawandel stark steigenden Temperaturen im Sommer, die gute Verkehrsanbindung mit U- und S-Bahn sowie der Informationsaustausch im Internet führen jedoch dazu, dass jedes Jahr mehr Menschen an die Grunewaldseen strömen.

Gleichzeitig liegen die Vorstellungen und Wünsche der unterschiedlichen Nutzergruppen häufig weit auseinander: Die Spaziergänger freuen sich über ruhige Wanderwege mit Blick auf die Seen, die Jogger möchten ungestört laufen, Radfahrende genießen die schnelle Fahrt auf gepflegten Wegen. Hundehalter wünschen sich möglichst viel Bewegungsfreiheit für ihre Tiere, Badende hingegen möchten den See nur ungern mit den Vierbeinern teilen. Die einen möchten am See in Ruhe entspannen, die anderen lieber Spaß haben und feiern. Bei alledem dürfen natürlich auch die im Landschaftsschutzgebiet lebenden Pflanzen und Wildtiere nicht zu kurz kommen.

Die SPD-Abteilung Seenplatte hat daher bereits vor mehreren Jahren einen Dialog mit den Interessensgruppen sowie Expertinnen und Experten eingeleitet. Die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe flossen ein in ein umfassendes Konzept, das auf-

zeigt, wie die Konflikte unter den Nutzerinnen und Nutzern ebenso minimiert werden können, wie auch die Belastung für die Seen und Wälder selbst. Der von der SPD geforderte Sonderausschuss „Entwicklung und Pflege des Grunewald-Seengebietes“ wurde von der schwarz-grünen Zählgemeinschaft letztlich nach langer Debatte in Form eines „Workshops mit Experten“ realisiert. Im Herbst 2020 wurde den Bezirksverordneten und der Presse das Ergebnis präsentiert.

Der erste Schritt wird sein, dass die Wege besser ausgeschildert werden. Die An- und Abreisewege müssen auch für Ortsfremde verständlich sein. Ebenso sollen die Toiletten, Gastronomie, aber auch Badestellen, Wander- und Radwege für alle leicht auffindbar sein.

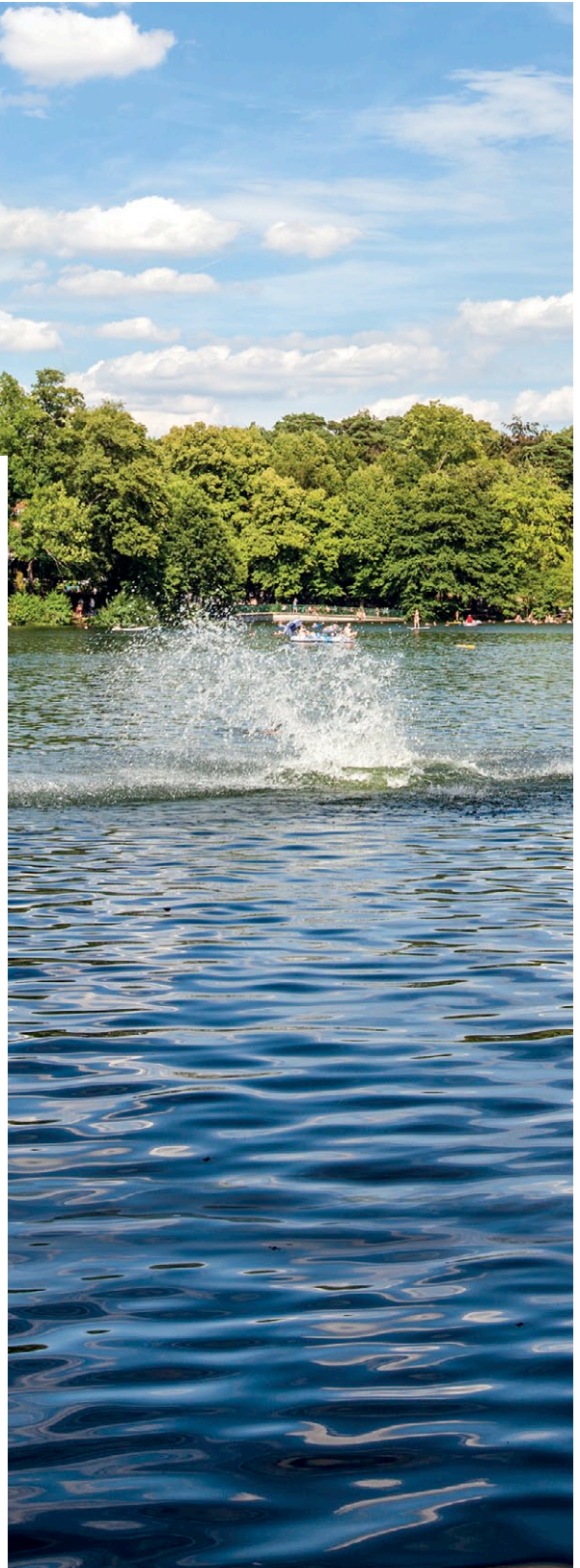
Dringend muss die Anzahl der Toiletten erhöht werden. Probleme gab es auch lange mit dem Müll – seit die Berliner Stadtreinigung (BSR) diese Aufgabe übernommen hat, konnte die Situation spürbar verbessert werden.

Oberhalb der Seen wurde mittlerweile Berlins größtes Hundeauslaufgebiet eingerichtet – am Ufer hingegen gilt strikter Leinenzwang. Nach den scharfen Protesten von beiden Seiten konnte so endlich ein – gerichtsfester – Kompromiss

gefunden werden, der zur Befriedung beider Nutzergruppen geführt hat. Die SPD-Fraktion setzt sich zudem für ein stadtweites Konzept für Hundebesitzer aus ganz Berlin und sogar dem Umland mit ihren Tieren nach Steglitz-Zehlendorf, verstärkt wird das Problem durch zahlreiche Hundebesitzerdienste.

„Mittlerweile konnten wir auch die anderen Fraktionen in der Bezirksverordnetenversammlung von einigen unserer Ideen überzeugen“, freut sich der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Rainer Ziffels. Der SPD-Antrag, die Wege zu den Badestellen auch für Rollstuhlfahrende zu ertüchtigen, wurde angenommen. Ein weiterer Antrag, der auch die Badestellen selbst durch je eine Einstiegshilfe am Schlachtensee und der Krummen Lanke für Menschen mit Behinderung nutzbar hätte machen sollen, scheiterte jedoch an der schwarz-grünen Mehrheit.

„Ich freue mich, dass unsere jahrelange Arbeit nicht umsonst war, und auch die anderen Parteien dem schleichenden Niedergang nicht länger tatenlos zusehen möchten“, so Ziffels. „Wir setzen uns auch in Zukunft dafür ein, dass die wunderschönen Grunewaldseen für alle Besuchergruppen gleichermaßen nutzbar sind – und bleiben!“



Politik in Zeiten von Corona

Ganz neue Herausforderungen

Carolina Böhm,
Stadträtin für Jugend
und Gesundheit



Kaum ein Thema wird aus dieser Legislaturperiode wohl so lange in Erinnerung bleiben wie die Corona-Pandemie. Am 2. März 2020 wurde in Berlin erstmals eine Infektion mit dem Virus nachgewiesen. Ein Jahr später ist – dank der langsam anlaufenden Impfkampagne – endlich ein Licht am Ende des Tunnels zu erkennen.

In Zeiten von Krisen müssen Politikerinnen und Politiker oftmals auch unpopuläre Entscheidungen treffen. Insbesondere wenn die Krisen sehr lange andauern und für die Menschen große Einschränkungen im Alltag mit sich bringen, werden sie schnell zur Zielscheibe von Kritik und Wut. Der Bezirk Steglitz-Zehlendorf ist glücklicherweise vergleichsweise gut durch die Pandemie gekommen – sicher auch ein Verdienst des SPD-geführten Gesundheitsamts. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Bezirksstadträtin Carolina

Böhm arbeiten seit Beginn der Pandemie an sieben Tagen in der Woche, „ausnahmslos, auch an Weihnachten – die Kontaktpersonennachverfolgung hatte immer höchste Priorität!“ berichtet Stadträtin Böhm.

„Für diese Gespräche gibt es keine allgemeingültige Regel, jeder Einzelfall ist anders“, erklärt sie. Alle Fragen der Bürgerinnen und Bürger wurden gesammelt und ausgewertet: „Mir ist es wichtig, dass wir aus diesen Tagen einen Erkenntnisgewinn mitnehmen, damit wir bei einer nächsten Pandemie noch besser aufgestellt sein können, strukturell, organisatorisch und inhaltlich.“

Ebenfalls an vorderster Front und unter größtem Druck arbeiten die Ärztinnen und Ärzte, Krankenpflegerinnen und -pfleger, die unter Einsatz ihres eigenen viele andere Leben gerettet haben. „Deren Einsatz dürfen wir auch nach der Pandemie niemals vergessen – gerade auch wenn es um eine gerechte Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen geht!“, erinnert der Fraktionsvorsitzende Norbert Buchta.

Der Dank der SPD-Fraktion gilt zudem den Polizistinnen und Polizisten sowie den Mitarbeitenden des Ordnungsamts im Bezirk, die speziell im Sommer 2020 oft mit der Rücksichts-

losigkeit einiger weniger konfrontiert wurden, die meinen, die Corona-Pandemie könne ihnen nichts anhaben.

Dass die selbsternannten „Skeptiker“ nicht nur auf der Straße oder in verschwörungstheoretischen Internet-Gruppen zu finden sind, zeigte sich bei den Sitzungen der Bezirksverordnetenversammlung sowie in zahlreichen Ausschüssen. Von kompletter Verweigerung bis hin zu selbstgebastelten Masken-Attrappen reichte die offensiv zur Schau gestellten Ablehnung jeglichen solidarischen Verhaltens, speziell bei den Vertreterinnen und Vertretern der rechts-konservativen Parteien im Bezirk.

Entsprechend spät wurden daher auch die ersten Schritte in Richtung Digitalisierung der BVV unternommen. Noch im Januar 2021 hatten sich CDU und AfD geweigert, die Dringlichkeit anzuerkennen, um so eine rasche Übernahme des „Gesetzes zur Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes zur Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit der Bezirksverordnetenversammlungen in außergewöhnlichen Notlagen“ in die bezirkliche Geschäftsordnung zu ermöglichen. „Ein Jahr geht die Pandemie mittlerweile schon. Andere Bezirke haben in der Zwischenzeit viel ausprobiert, aber in Steglitz-Zehlendorf sind

wir keinen Schritt weitergekommen“, ärgerte sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Norbert Buchta über die Blockade durch die CDU und Bezirksbürgermeisterin Richter-Kotowski.

Auch schon zuvor war es stets die SPD gewesen, die sich für den Gesundheitsschutz stark gemacht hatte. Als im Mai 2020 die Rathäuser ihren Publikumsverkehr wieder aufnahmen, gab es hier – anders als im Einzelhandel oder in Bussen und Bahnen – weder für die Angestellten noch für die Bürgerinnen und Bürger die Vorgabe, eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen. Die SPD-Fraktion forderte daher für alle Bereiche mit Publikumsverkehr eine Maskenpflicht. „Auch dort, wo es bereits Trennscheiben gibt, halten wir dies für sinnvoll, schließlich bedient ein Mitarbeiter an einem einzelnen Tag bis zu 50 Bürgerinnen und Bürger“, so Buchta.

In einem Appell an die anderen Fraktionen erinnerte die SPD-Fraktion zudem an die Vorbildfunktion der Verordneten und forderte diese auf, genau wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger auf den Wegen innerhalb des Rathauses, den Ausschüssen sowie der BVV eine Maske zu tragen, und diese maximal am Sitzplatz abzunehmen: „Hier geht es um den Respekt untereinander, aber auch um den Schutz der Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter der Verwaltung“, so Buchta. „Letztere können es sich nicht aussuchen, ob sie zu den Sitzungen kommen oder nicht, dazu sind sie von Berufs wegen verpflichtet.“

Wie berechtigt diese Sorge war, zeigte sich am Abend vor der Sitzung der BVV im Dezember 2020: Ein Mitglied einer anderen Fraktion war positiv getestet worden. Dieses hatte noch eine Woche zuvor an mehreren Ausschuss-Sitzungen teilgenommen, gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aller anderen Fraktionen. Die SPD-Fraktion setzte sich letztlich mit ihrer Forderung, die Sitzung abzusagen, durch.

„Die Lokalpolitik muss diesen Herausforderungen jetzt begegnen, damit sie auch in Zukunft arbeitsfähig bleibt!“, so Norbert Buchta. Nach langer Diskussion wurde die Geschäftsordnung der BVV Steglitz-Zehlendorf mittlerweile geändert. Die Sitzung im März 2021 fand zum ersten Mal digital statt – lediglich der BVV-Vorsteher und seine Stellvertreter, die Presse sowie die interessierten Bürgerinnen und Bürger müssen nach wie vor persönlich ins Rathaus kommen. Das unter anderem von der SPD geforderte Streaming im Internet wurde von der schwarz-grünen Zählgemeinschaft im Geschäftsausschuss verhindert.

Gesundheit und Soziales

Erfolgreiche Initiativen

Der Bezirk Steglitz-Zehlendorf verfügt über eine solide und zuverlässige Gesundheits-Infrastruktur. Diese zu erhalten und auszubauen war auch in der nun zu Ende gehenden Legislatur ein wichtiges Anliegen der SPD-Fraktion.

Kinderrettungsstelle

Die Kinderrettungsstelle im Charité-Campus Benjamin Franklin war eine zentrale Anlaufstelle für Eltern in Steglitz-Zehlendorf. Bereits 2017 hat sich die SPD-Fraktion dafür eingesetzt, dass die Rettungsstelle personell so ausgestattet wird, dass ein reibungsloser Betrieb rund um die Uhr gewährleistet werden kann.

Mitte 2019 wurde die Kinderrettungsstelle überraschend komplett geschlossen. Die Schließungspläne wurden von der Charité ohne lange Vorlaufzeit publik gemacht. »Lücken in der kinderärztlichen Notfallversorgung sind nicht zu tolerieren«, erklärte die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Olemia Flores Ramirez.

Auf Drängen der SPD-Fraktion hat die Bezirksverordnetenversammlung beschlossen, sich bei der Charité für die Einhaltung der gemachten Zusagen zur Sicherstellung der Erstversorgung von akut kranken Kindern und Jugendlichen einzusetzen. »In Notsituationen ist es nicht akzeptabel, dass Eltern auf andere Krankenhäuser mit Kinderrettungsstellen vertriebt werden. Die Fahrtwege

nach Zehlendorf-Süd oder Tempelhof sind erheblich!«, so Flores Ramirez. Ende 2019 hat sich daher auch die SPD-Fraktion der Forderung angeschlossen, in Steglitz-Zehlendorf in Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung endlich wieder eine kinderärztliche Notdienstpraxis einzurichten. Der Antrag wurde in der Bezirksverordnetenversammlung einstimmig angenommen.

Psychiatrische Tagesklinik

Psychiatrische Tageskliniken behandeln Menschen mit chronischen psychischen Erkrankungen ebenso wie jene, die in Krisenzeiten akute Unterstützung, aber keine stationäre Behandlung benötigen.

Durch das stetige Bevölkerungswachstum kommt es in Steglitz-Zehlendorf immer öfter zu Engpässen, es gibt zu wenige Behandlungsmöglichkeiten und Betten für psychiatrische Patientinnen und Patienten. Die Kapazitäten müssen daher dringend angepasst werden.



„Die Gesundheitsversorgung im Bezirk schneidet bei Umfragen unter Patienten sehr gut ab. Diesen hohen Standard möchten wir bewahren und ausbauen.“



Bettina Kirsch,
Sprecherin für Gesundheit
sowie Pflege und Soziales

Auf Antrag der SPD-Fraktion hat die Bezirksverordnetenversammlung im Oktober 2020 beschlossen, sich dafür einzusetzen, dass in Steglitz eine weitere Psychiatrische Tagesklinik eingerichtet wird.

Zentrum für Familienplanung

Die Angebote des Familienplanungszentrums sind im Bezirk nicht ausreichend bekannt. Insbesondere die Sprechstunden mit Sprachmittlung für geflüchtete Frauen sind noch nicht ausreichend besucht. Die SPD-Fraktion hat sich daher dafür eingesetzt, dass die Angebote des Zentrums besser bekannt gemacht werden.

Berliner Krisendienst

Zum Herbst 2019 sind dem Berliner Krisendienst die Räume in der Albrechtstraße in Steglitz gekündigt worden. Der Krisendienst übernimmt für viele Betroffene jedoch eine – mitunter überlebenswichtige – Funktion. Auf Antrag der SPD beschlossen die Bezirksverordneten daher, dem Krisendienst bei der Suche nach neuen Räumen zu helfen.

Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen

Die „Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland“ setzt sich für Menschen ein, die aufgrund einer fortschreitenden Erkrankung mit Sterben und Tod konfrontiert sind.

Die Leitsätze der Charta formulieren Aufgaben, Ziele und Handlungsbedarfe, um die Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen zu verbessern. Die Empfehlungen basieren auf dem Anspruch auf bestmögliche Lebensqualität und dem damit verbundenen Bedarf an Versorgung der Kranken und ihnen nahestehender Menschen. Die SPD-Fraktion hat sich im Oktober 2019 erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Bezirk Steglitz-Zehlendorf der Charta beitrifft.



Gesundheitsstandort Heckeshorn

Anfang 2019 zog die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung die Bauplanung für den ehemaligen Klinikstandort Heckeshorn an sich. In einem Schreiben ließ die damalige Senatorin den Bezirk Steglitz-Zehlendorf wissen, dass dieser Schritt zur „Wahrung dringender Gesamtinteressen Berlins“ nötig war.

Dem Eingriff vorausgegangen war ein jahrelanger Streit zwischen Bezirk und Senat um die Entwicklung der Fläche und die dortigen Unterbringungsmöglichkeiten von Flüchtlingen.

Nun herrscht großer Katzenjammer bei der Bezirks-CDU und ihrer Bürgermeisterin Cerstin Richter-Kotowski. „Die CDU unterstellt dem Senat, bei den Planungen den Bezirk übergangen zu haben,“ ärgert sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Norbert Buchta. „Tatsächlich jedoch ist das Gelände mehr als zehn Jahre lang ungenutzt geblieben. In dieser Zeit stellte die CDU durchgehend den Stadtrat für Stadtentwicklung in unserem Bezirk!“ Im April 2019 stellte Buchta während einer emotional geführten Debatte

in der Bezirksverordnetenversammlung klar: „Es gab sehr gute Gründe für die Verfahrensaneignung – es gab hier jahrelangen Stillstand von bezirklicher Seite.“

Die SPD-Fraktion setzt sich weiterhin für die Entwicklung des Geländes ein und will trotz der nun nicht mehr gegebenen Zuständigkeit mit Ideen überzeugen. „Wir sollten die Debatte jetzt im Ausschuss für Stadtplanung weiterführen und auch die Machbarkeitsstudie des Berliner Immobilienmanagements (BIM) als Planungsgrundlage noch einmal genauer betrachten“.

Er appellierte an alle Fraktionen, eine gemeinsame bezirkliche Position an den Senat als Ergebnis der Debatte zu übermitteln: „Wenn wir uns fraktionsübergreifend in die Planungen einbringen, dann bringt uns das mehr als die gegenseitigen Schuldzuweisungen zwischen den Ebenen der Verwaltung“.

Bei der schwarz-grünen Zählgemeinschaft verhallte der Appell jedoch ungehört.

Mehr Platz für die Wannsee-Schule

In Deutschland herrscht großer Bedarf an gut ausgebildeten Pflegekräften. In der Wannsee-Schule werden jährlich über 500 junge Menschen in verschiedenen Gesundheitsberufen ausgebildet, davon ungefähr die Hälfte in einem Gebäude gegenüber der ehemaligen Lungenklinik Heckeshorn.



Geflüchtete untergebracht werden, die von der Wannsee-Schule profitieren würden. „Auf Basis der Vorschläge von 2017 wollen wir prüfen, inwieweit der Bedarf der Schule mit wohnbaulichen Nutzungen und

Bereits seit 2013 liegen Pläne für den dringend benötigten Erweiterungsbau der Wannsee-Schule vor. Platz ist auf dem Gelände der im Jahr 2007 geschlossenen Lungenklinik reichlich vorhanden. Im Auftrag des Landes Berlin hat das renommierte Architekturbüro Graft 2017 eine Machbarkeitsstudie für einen „Bildungscampus“ erstellt, in dem sowohl die Wannsee-Schule, als auch die Unterbringung von Flüchtlingen vorgesehen ist. Zusätzlich sind Wohnungen für Studierende angedacht.

Aufgrund der Größe des Geländes und der Gebäude ist eine gemeinsame Nutzung problemlos möglich, zudem könnten hier neben Familien schwerpunktmäßig pflegebedürftige

den hohen Umweltschutzaufgaben auf dem Gelände in Einklang gebracht werden kann,“ erläutert Rainer Ziffels, Vorsitzender des Gesundheitsausschusses, die Vorstellungen der SPD-Fraktion.

Derzeit liegen jedoch alle Pläne auf Eis. Klagen von Anwohnern, begleitet von einer Internetkampagne der CDU, lassen den Verfall der Gebäude und die Raumnot der Wannsee-Schule fortschreiten. Die SPD-Fraktion Steglitz-Zehlendorf fordert nach wie vor die Fortführung der Planungen für die Erweiterung der Wannsee-Schule. Das Potential des Geländes als Pflegeinfrastrukturstandort darf nicht länger ungenutzt bleiben!

Kältehilfe für Obdachlose

Bezirk zeigt die kalte Schulter

Anfang Dezember 2020 gab es in Berlin den ersten Kälte-toten – er wurde unterhalb der Autobahnbrücke am Bahnhof Rathaus Steglitz gefunden. Bettina Kirsch, die für die SPD-Fraktion im Sozialausschuss sitzt, überrascht das nicht: „Wir haben sechs Jahre lang für einen Kältehilfe-Standort gekämpft. Bis dahin waren wir der einzige Bezirk Berlins ohne Kältehilfe!“ In den Einrichtungen werden obdachlosen Menschen in der kalten Jahreszeit unbürokratisch Übernachtungsplätze angeboten.

„Die Unterkunft wurde nicht wie von uns geplant im Zentrum des Bezirks angesiedelt, sondern weit draußen in Wannsee!“, erläutert Kirsch das Problem. „Welcher Obdachlose fährt so weit, ohne zu wissen, ob es dort grad einen freien Platz für ihn gibt?“ Erschwerend kommt hinzu, dass der Standort in der Bergstraße nur mit dem Bus zu erreichen ist. Wegen Corona musste die Belegung im Winter 2020/21 zudem halbiert werden.

„Bei dieser einen Stelle darf es nicht bleiben!“, stimmt ihr auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Norbert Buchta bei, der unweit des Standorts wohnt. Ihn beschäftigt die mangelnde Sensibilität des Sozialstadtrates und der Mehrheit der Bezirksverordneten zum Thema Kältehilfe sehr: „Ich habe da die Befürchtung, dass es der schwarz-grünen Zählgemeinschaft darum geht zu sagen: ‚Wir haben es versucht, aber die Unterkunft wird kaum genutzt, also brauchen wir wohl auch keine.‘“ Im Oktober 2020 wurde der SPD-Antrag, eine weitere Anlaufstelle in der Nähe des Herrmann-Ehlers-Platzes einzurichten, mit den Stimmen der schwarz-grünen Mehrheit abgelehnt.



Barrierefreiheit und Teilhabe

Juliana Kölsch, Vorsitzende im Ausschuss für Pflege und Soziales sowie Sprecherin für Ordnung, Nahverkehr und Bürgerdienste, über sozialdemokratische Politik für die Seniorinnen und Senioren im Bezirk

Bank-, Postfilialen schließen, die Wege zum Bürgeramt oder Supermarkt sind lang, Sitzgelegenheiten fehlen. Die Seniorenvertreterinnen und -vertreter erfahren viel über die Lücken der bezirklichen Infrastruktur. Doch diese von älteren Bürgerinnen und Bürgern gesammelten Erfahrungen in die Bezirksverordnetenversammlung einzubringen, gestaltet sich oft schwierig.

Politische Teilhabe setzt Mitwirkung auf kommunaler Ebene und das aktive Einbringen von Erfahrungen voraus. Deshalb haben wir uns für die beratende Mitgliedschaft und das Rederecht für die Seniorenvertretung und den Behindertenbeirat in den BVV-Ausschüssen stark gemacht. Mittlerweile konnten wir dies in allen Ausschüssen erreichen – mit Ausnahme des CDU-geführten Stadtplanungsausschusses.

Wir hätten gerne erreicht, dass das Bezirksverwaltungsgesetz überarbeitet und für die bezirkliche Seniorenvertretung die beratende Mitgliedschaft in den Ausschüssen einschließlich Rede- und Antragsrecht ganz offiziell aufgenommen wird. Der Antrag wurde aber abgelehnt.

„Die Belange der Seniorinnen und Senioren in politische Entscheidungen einbeziehen!“

Auch beim sogenannten „Altenplan“ steht Schwarz-Grün auf der Bremse. Zuletzt wurde vor über zehn Jahren ein „Bericht zur Situation älterer Menschen in Steglitz-Zehlendorf“ – so der offizielle Titel – erstellt. Dieser beruht auf Daten

von 2008. Berlin und die Bezirke haben sich in den letzten Jahren aber stark verändert, daher ist eine neue Analyse dringend erforderlich. Auf unseren Antrag hin hat die BVV im April 2019 das Bezirksamt aufgefordert, den Altenplan weiterzuführen und zu veröffentlichen. Hierbei sollen aktuelle Sozialdaten der Verwaltung herangezogen sowie mit wissenschaftlicher Begleitung eigene Daten erhoben werden.

Wie eine Anfrage im Januar 2020 ergab, wurde das für den Altenplan vorgesehene Budget von der Zählgemeinschaft nicht in den Haushalt eingestellt. Daher erschien Mitte letzten Jahres lediglich eine Kurzform des Altenplans. Auch plant das Bezirksamt angeblich noch Haushaltsbefragungen – ohne jedoch über die nötigen finanziellen Mittel zu verfügen. Angesichts der Bevölkerungsentwicklung erscheint mir dieses Vorgehen absolut nicht nachvollziehbar!

Ein weiteres, wichtiges Thema ist für mich die Barrierefreiheit. So wurde unter anderem beschlossen, dass der Eingang des Gutshauses Steglitz endlich rollstuhlgerecht umgebaut wird.



Integration und Inklusion

Mehr als nur Flüchtlingspolitik

Integrationspolitik ist mehr als Flüchtlingspolitik, obwohl dieser Teilaspekt in den letzten Jahren den größten Raum in der politischen Arbeit eingenommen hat. Die zahlreichen Bürgerinnen und Bürger, die sich im Bereich der Flüchtlingsarbeit engagieren, beweisen, dass es auch in Steglitz-Zehlendorf eine echte Willkommenskultur gibt.



Fluchtursachen sind vielfältig: Kriege, politische Verfolgung, geschlechterspezifische Diskriminierung und Armut sind nur einige der zahlreichen Ursachen. Nach Angaben der Vereinten Nationen waren Ende 2019 fast 80 Millionen Menschen auf der Flucht. Kinder und Jugendliche bilden dabei einen erschreckend hohen Anteil von fast 50 Prozent.

Die weltweite Fluchtbewegung hat auch unmittelbare Auswirkungen auf die Bezirkspolitik. So hat auch Steglitz-Zehlendorf die Aufgabe, Geflüchtete zunächst menschenwürdig unterzubringen. Unterkünfte sind bereits gebaut oder werden schon bald in ausreichendem Maße entstehen, damit in Zukunft nicht erneut Turnhallen beschlagnahmt werden müssen.

Seit 2015 koordiniert das Willkommensbündnis für Flüchtlinge in Steglitz-Zehlendorf die Zusammenarbeit zwischen ehrenamtlichen Helfern und den Flüchtlingsunterkünften. Die SPD-Fraktion

unterstützt das Bündnis von Beginn an nach Kräften: »Dieses Engagement werden wir auch in Zukunft mit tatkräftiger Mitwirkung begleiten«, freut sich Martin Kromm, integrationspolitischer Sprecher der Fraktion.

Angebote für Flüchtlinge in bezirklichen Bibliotheken

Ein wichtiger Schlüssel für eine gelungene Integration ist es, sprachliche Barrieren zu überwinden. Die Anzahl der Sprach- und Integrationskurse an der Volkshochschule konnte in den letzten Jahren deutlich gesteigert werden. Spezielle Angebote in den Bibliotheken zur Sprachvertiefung wurden auf SPD-Anträge hin bereits geschaffen:

Bibliotheken sind wichtige Orte des Lesens, Lernens und der Erkundung der Sprache und können so für die Integration von Flüchtlingen einen wichtigen Beitrag leisten. Die SPD-Fraktion hat sich dafür eingesetzt, dass in allen Bibliotheken im Bezirk mindestens einmal wöchentlich Angebote zum Spracherwerb und zur Leseförderung für Flüchtlinge angeboten werden. Dafür sollen Kooperationen mit den Leitungen der bestehenden Unterkunftseinrichtungen abgesprochen werden.

Finanzierung der Stadtteilmütter

Zum Zeitpunkt der Antragstellung waren drei Frauen im Bezirk als Flüchtlingslotsen – besser bekannt als „Stadtteilmütter“ – beschäftigt. Die Frauen besuchen die Familien im häuslichen Umfeld und helfen Menschen mit Migrationshintergrund bei Behördengängen oder dem Ausfüllen von Anträgen, bei der Suche nach Sprachkursen, aber auch bei ganz alltäglichen Dingen wie Freizeitaktivitäten.

Die Stadtteilmütter haben selbst einen Migrationshintergrund und werden in einer sechsmonatigen Schulung zu relevanten Themen der Erziehung, Bildung und Gesundheit auf ihren Einsatz

vorbereitet. Im Bereich der Integrationspolitik leisten die Frauen einen unschätzbaren Wert. Die SPD-Fraktion hat sich daher dafür stark gemacht, dass die Finanzierung der Lotsen langfristig gesichert wird.

Anfang 2020 wurde das Erfolgskonzept durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie in eine Regelfinanzierung überführt. In Steglitz-Zehlendorf hat das Diakonische Werk die Trägerschaft übernommen und beschäftigt aktuell zwei Stadtteilmütter.

Weitere Vorhaben

Die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt muss weiter vorangetrieben werden. Neben der Flüchtlingsarbeit sind andere Themen in den letzten Jahren liegengeblieben. In Zukunft wird es darum gehen, auch in allen anderen Bereichen die Integration weiter voranzutreiben.

»Als Impulsgeber wird uns der Beirat für Migration zur Seite stehen. Aber man muss auch die Akteure im Bezirk kennen. Eine Broschüre, die auf unseren Antrag hin vom Bezirksamt erstellt wurde, geht demnächst in Druck«, so Kromm. Die Broschüre enthält ein Verzeichnis mit den Adressen und Telefonnummern der Ansprechpartner, so dass eine bessere Vernetzung in Zukunft gelingen kann.

Der Migrationsbeirat ist über den Integrationsausschuss eingebunden in die politischen Prozesse und bringt die Erfahrungsschätze von Menschen mit unterschiedlichsten Hintergründen in die Bezirkspolitik ein.

»Integration ist nicht Assimilation! Wir sollten die Integration als Bereicherung unserer Gesellschaft auffassen«, appelliert Martin Kromm an die Alt- und Neuberlinerinnen und -berliner gleichermaßen.



Gleichberechtigte Teilhabe für alle Geschlechter in allen Teilen der Gesellschaft

Eine progressive Frauen- und Gleichstellungspolitik hat vor allem die gleichberechtigte Teilhabe und Mitwirkung aller Geschlechter in allen Bereichen der Gesellschaft zum Ziel.

Auf dem Weg dorthin hat die SPD-Fraktion in der zu Ende gehenden Legislatur einige wichtige Schritte zurückgelegt. Vor allem die Einrichtung des »Gender Budgeting« im Bezirkshaushalt ist ein großer Erfolg. Andere Projekte der Frauenpolitik wurden von der schwarz-grünen Zählgemeinschaft massiv ausgebremst oder verhindert, unter anderem in der Diskussion um einen zusätzlichen Frauentreffpunkt im Bezirk konnte bislang – trotz zahlreicher SPD-Initiativen – noch immer kein Fortschritt erreicht werden.

Im Gegensatz dazu ist es der SPD erfolgreich gelungen, ein überparteiliches Interesse an queeren Themen zu wecken. Zu Beginn der Legislatur wurde die Fraktion oft als Vorreiter wahrgenommen – durch regelmäßige Initiativen und Diskussionen konnten die SPD-Verordneten inzwischen auch bei einigen der anderen Fraktionen ein Bewusstsein für die Belange queerer Menschen und Unterstützung bei der Bekämpfung von Homo- und Transphobie gewinnen.



Förderpreise

Auf Initiative der SPD-Fraktion wurde Anfang 2019 beschlossen, die Einrichtung eines jährlichen Förderpreises für Gründerinnen zu prüfen. Erfolgreiche Gründerinnen sollen damit sichtbarer gemacht und in ihren Zielen unterstützt werden.

Ebenfalls von der SPD beantragt, in der BVV beschlossen und kürzlich zum ersten Mal vergeben wurde der Förderpreis für Frauen- und Mädchensport im Bezirk. Der Preis ist mit 1.000 Euro dotiert, erster Preisträger ist die Cheerleading-Abteilung des Steglitzer Sportclubs Südwest (SSC).

Mehr Sicherheit

Angsträume existieren an vielen Orten, Menschen vermeiden diese Stellen und nehmen Umwege in Kauf, auf denen sie sich sicherer fühlen. Fehlende Beleuchtung, schlecht einsehbare Nischen oder Gebüsche können diese Unsicherheit steigern. Die SPD-Fraktion hätte sich hierzu einen mehrstufigen Prozess mit Expertinnen und Experten, einer Bürgerbefragung sowie anschließender Evaluierung gewünscht. Im Mai 2020 wurde in der BVV beschlossen, dass das Straßen- und Grünflächenamt bei ohnehin notwendigen Begehungen von Straßen und Grünflächen auf Stolperfallen auf Gehwegen sowie schlechte Beleuchtung zu achten, diese dann zu notieren und halbjährlich dem zuständigen Ausschuss vorzulegen. »Ein schwacher Kompromiss, aber mehr war mit der Zählgemeinschaft nicht zu machen«, so die Sprecherin für Frauen und Gleichstellung, Carolyn Macmillan.

Ein weiterer Antrag der SPD-Fraktion befasste sich mit den Aushängen und Notfallkarten in öffentlichen Gebäuden: Künftig sollen in Schulen, Turnhallen, Bibliotheken und anderen Freizeistätten sowie beim Ordnungs- und Gesundheitsamt mehr Informationen zum Gewaltschutz verfügbar gemacht werden. Diese werden auch an die Integrationslotsen im Bezirk ausgegeben.

Straßenbenennungen und Gedenktafeln

Im Herbst 2018 befanden sich gerade einmal drei weibliche Namen auf der Straßenbenennungsliste des Bezirks. Ähnlich karg sah es bei den weiblichen Namen für die Gedenktafeln aus. Die SPD-Fraktion hat erreicht, dass eine im Frauen- und Gleichstellungsausschuss erarbeitete Namensliste für zukünftige Straßenbenennungen und Gedenktafeln Berücksichtigung finden wird.

Zweiter Frauentreffpunkt

Die SPD-Fraktion hat das Bezirksamt aufgefordert, eine weitere Immobilie für einen zweiten Frauentreffpunkt zur Verfügung zu stellen. Der derzeit einige bezirkliche Frauentreffpunkt „Ratswaage“ ist kaum größer als ein Imbiss. Das Gebäude verfügt über viel architektonischen Charme und eine interessante Geschichte, jedoch nicht über eine besonders große Praktikabilität: Obwohl die Inneneinrichtung auf maximale Nutzbarkeit ausgelegt ist, können nur Veranstaltungen mit maximal 15 Personen durchgeführt werden. Eine weitere Anlaufstelle für Frauen im Bezirk könnte das Angebotsspektrum deutlich erweitern.

Frauenarbeit ist häufig ein Ehrenamt und kann bereits mit nur verhältnismäßig wenig Zutun seitens des Bezirksamts die Lebensbedingungen für Frauen – beispielsweise bei persönlichen oder finanziellen Krisen – stark verbessern.

Im Juni 2020 hat die Bezirksverordnetenversammlung beschlossen, zunächst im Frauen- und Gleichstellungsausschuss ein Konzept für ein Frauenkompetenzzentrum zu erarbeiten und vor allem die Finanzierungsfragen zu klären. Dabei sollen auch vom Land Berlin zugewiesene Stellen berücksichtigt werden. Trotz einer überparteilichen Übereinkunft liegt das Projekt nach wie vor auf Eis. Die SPD-Fraktion wird sich mit der Blockade jedoch nicht abfinden und sich weiterhin für den zweiten Frauentreffpunkt einsetzen!

Gender Budgeting

Gerechte Ressourcenverteilung sicherstellen!

Das Konzept des „Gender Budgeting“ basiert auf der Feststellung, dass es keine neutrale Haushalts- und Finanzpolitik gibt, sondern immer auch eine Prioritätensetzung impliziert ist. Diese Prioritäten werden im Haushalt des Landes Berlin auf ihre geschlechter-spezifischen Wirkungen hin analysiert.

Ziel dieser Anstrengungen ist es, zunächst eine geschlechterdifferenzierte Ausgabentransparenz zu schaffen, und anschließend auf dieser Grundlage die Auswirkungen von Maßnahmen zu betrachten, um so schließlich die finanzielle Ressourcenverteilung zwischen Frauen und Männern sowie Mädchen und Jungen geschlechtergerechter ausgestalten zu können.

Die erhobenen Daten und Analysen sind ein Indikator dafür, inwieweit haushaltsrelevante Entscheidungen gezielt verändert werden müssen.

Tatsächlich können durch die gewonnenen Erkenntnisse und deren Umsetzung in konkrete Förder- oder andere Maßnahmen auch Folgekosten vermieden werden. Allerdings wird Gender Budgeting derzeit noch zu wenig genutzt, um tatsächlich zu einer geschlechtergerechten Verteilung öffentlicher Gelder zu kommen. Gender Budgeting gelingt nur, wenn es in allen Phasen der Haushaltsaufstellung und der Haushaltswirtschaft angewendet wird.

Der zweite Fokus zielt auf den „Gender Pay Gap“ ab: Im Haushalt der Senatsverwaltungen werden unter dem Stichwort „Gender Budget“ Gehälter und Löhne getrennt nach Frauen und

Männern für die verschiedenen Abteilungen dargestellt. Dies kann als Beispiel für eine bezirkliche Darstellung der Gehaltsstruktur dienen. Die Ergebnisse sollten mit in das Personalentwicklungskonzept einfließen, um auch hier zu einer geschlechtergerechten Verteilung der Mittel zu kommen.

Die Bezirksverordnetenversammlung hat im September 2017 beschlossen, im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung die Vorgaben des Landes Berlin nach dem Leitfaden „Umsetzung von Gender Budgeting im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens“ konsequent umzusetzen. Einmal jährlich sollen die Verordneten durch das Bezirksamt in Kenntnis gesetzt werden, inwieweit die vorgesehenen Projekte eine geschlechtsspezifische Wirkung haben und welche Maßnahmen zur Kompensation vorgesehen sind. Zudem wird die BVV einmal jährlich über die Stellenbesetzungen des Bezirksamts informiert, getrennt nach Geschlechtern, für verbeamtete und angestellte Beschäftigte. Die Angaben werden nach Ämtern sowie Gehaltsgruppen aufgeschlüsselt.





„Nicht nur Sonntagsreden!“

Ellinor Trenczek,
stellvertretende
Vorsitzende der
SPD-Fraktion



Michael Karnetzki,
Stadtrat für Ord-
nung, Nahverkehr
und Bürgerdienste

LGBTIQ*-freie Zonen in Polen Butterweicher Kompromiss

Fast 100 Gemeinden, Landkreise und Woiwodschaften vor allem im Südosten Polens haben sich in den vergangenen Jahren zu „LGBT-ideologiefreien Zonen“ erklärt. Auch in Poniato, der Partnerstadt von Steglitz-Zehlendorf im Osten Polens, wurde eine entsprechende Erklärung verabschiedet. „Wir fordern, dass das Bezirksamt und die Bezirksverordnetenversammlung hierzu unmissverständlich Stellung beziehen!“, so die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ellinor Trenczek.

Während andere Fraktionen sogar ein Ende der Partnerschaft mit Poniato nicht ausschließen wollten, sprach sich die SPD von Anfang an dafür aus, den Austausch eher noch zu verstärken: „Eine Städtepartnerschaft bedeutet nicht nur Sonntagsreden, sondern kann auch eine kritische Auseinandersetzung beinhalten“, so Trenczek. „Das erfordert viel Geduld, ist aber besser, als die Brücken abzubauen“. Der Lesben- und Schwulenverband Deutschlands (LSVD) bedankte sich ausdrücklich bei SPD-Stadtrat Michael Karnetzki für dessen unermüdlichen Einsatz gegen die „LGBT-ideologiefreien Zonen“ sowie seine klare Positionierung gegen einen Abbruch der Beziehungen.

Der letztlich präsentierte Antrag forderte unter anderem eine permanen-

te Ansprechperson im Bezirksamt für die Kommunikation mit den Partnerstädten. Kooperationen mit dem LSVD einerseits und der queeren Gemeinde Poniato und Umgebung andererseits sollen gefördert werden.

Ende 2020 wurde der Antrag im Frauen- und Gleichstellungsausschuss von den Grünen und der CDU abgelehnt. Um das Ziel einer fraktionsübergreifenden Stellungnahme noch zu erreichen, bemühte sich die SPD-Fraktion anschließend trotz erheblicher Bauchschmerzen um einen Kompromiss mit der Zählgemeinschaft. Nicht einmal dieser – bereits sehr schwache – Kompromiss schaffte es schließlich durch die BVV: „Anstatt zum Vereinbarten zu stehen, haben die Grünen mit der CDU einen vollkommen anderen und substanzlosen Text in die März-Sitzung eingebracht, der keine praktische Solidarität mit der queeren Community vor Ort übt“, so Carolyn Macmillan: „Für gewaltlose Kritik an Staat und Religion können Freiheitsstrafen von bis zu zwei Jahren drohen!“, erklärt die Sprecherin für Frauen und Gleichstellung.

Nach langer Diskussion entschied sich die SPD-Fraktion schließlich, dem Antrag trotzdem zuzustimmen: „Die von zunehmenden Repressionen betroffene Queer-Community in Polen braucht unsere Solidarität und darf nicht darunter leiden, dass CDU und Grüne parteipolitisches Kalkül in den Vordergrund stellen, anstatt zu einem gemeinsamen Handeln aller demokratischen Kräfte in der BVV zu kommen“, pflichtet auch SPD-Stadtrat Michael Karnetzki bei.



Solide Finanzen

Solide Investitionen

Berlin macht es vor: Wiederholt wurden in den vergangenen Jahren Haushaltsüberschüsse durch solide Politik und wirtschaftliches Wachstum generiert. Die Stadt und die Bezirke konnten zusätzlich in die Infrastruktur und die wachsende Stadt investieren. Steglitz-Zehlendorf hat hingegen seinen Haushaltsüberschuss und seine Rücklagen im gleichen Zeitraum verspielt: Noch 2006 stand ein Plus von 15 Millionen Euro in den Büchern des Bezirks, inzwischen sind die Rücklagen bei Null angekommen. Der aktuelle Haushalt kann nur noch durch Sondereffekte – buchhalterische Trickserien – eine „schwarze Null“ ausweisen.

Bei der Verabschiedung des letzten Bezirkshaushalts hat die SPD-Fraktion daher gegen den Plan der Zählgemeinschaft gestimmt. Die Ablehnung begründete der Fraktionsvorsitzende Norbert Buchta damals vor allem mit den erheblichen Risiken im Bereich der Personalkosten: Der Fluktuationsfaktor – also die Annahme, dass es nach der Kündigung oder Pensionierung eines Mitarbeiters einige Zeit dauert, bis eine Stelle neu besetzt ist – wurde von 3,1 auf 5,4 Prozent erhöht. »6 Millionen Euro sollen also durch unbesetzte Stellen eingespart werden«. Die Bürgerinnen und Bürger spüren es durch immer länger werdende Wartezeiten in den Ämtern.

»Steglitz-Zehlendorf verdient einen soliden Bezirkshaushalt. Wir stehen für verlässliche und nachhaltige Finanzpolitik!«, erklärt Buchta die Leitlinien der SPD-Haushaltspolitik. Eine ebenso positive Entwicklung wie beim Landeshaushalt hält er auch im Bezirk für möglich. »Corona hat uns leider weit zurückgeworfen. Jetzt rächt sich die kurzsichtige Haushaltsplanung gleich doppelt«. Seine Ziele für die kommenden Jahre: Schnellere Verfahren zur Personalgewinnung, konsequente Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitenden sowie der Ausbau von „eGovernment“ und der digitalen Verwaltung.

Vertrauen ist gut Kontrolle ist besser

Die SPD setzt sich schon lange für jährliche Pflichten zur schriftlichen Stellungnahme ein – unter anderem im Wohnungsbau, bei den Investitionen oder dem Rechtsamt. So forderte die Fraktion bereits in der letzten Legislatur die Aufstellung eines Personalentwicklungsplans. Der Antrag wurde abgelehnt – dies rächt sich bis heute. Vor allem im Baubereich herrscht unverändert Personalnotstand, Anträge bleiben ewig liegen, Bauvorhaben werden verschleppt. 2018 griff die SPD-Fraktion das Thema erneut auf und forderte vom Bezirksamt einen halbjährlichen Bericht über die Stellensituation zu verfassen. Der Antrag wurde stark abgeschwächt, erlaubt aber dennoch einen Blick auf die mitunter erschreckende Personalsituation.



Kontrolle und Korrektureingriffe durch den Ausschuss sind somit möglich – ein wichtiges Instrument, von dem die SPD seither regelmäßig Gebrauch macht. Nicht nur einmal konnten so Fertigstellungsprobleme oder erhebliche Terminverschiebungen aufgedeckt werden.

Wie im kompletten Stadtgebiet, so herrscht auch in Steglitz-Zehlendorf ein eklatanter Wohnraum-mangel. Häufig warten

interessierte Investoren oder Baugenossenschaften dennoch jahrelang auf ihre Baugenehmigung. Um Missstände aufzeigen und beseitigen zu können, hat die BVV im Dezember 2019 auf Antrag der SPD beschlossen, dass das Bezirksamt künftig einen jährlichen Wohnungsneubaubericht zu erstellen und im Internet zu veröffentlichen hat.

**„Die Gründe für den defizitären Bezirks-
haushalt müssen endlich aufgedeckt werden!
Alle Rücklagen haben CDU und Grüne
in den letzten Jahren aufgebraucht.“**

Nicht minder undurchsichtig verliefen lange Zeit auch die Investitionsmaßnahmen des Bezirks. Immer wieder kam es zu erheblichen Kostensteigerungen oder Verschiebungen kompletter Investitionsmaßnahmen. Einer SPD-Initiative ist zu verdanken, dass dem Haushaltsausschuss mittlerweile einmal jährlich über die Veränderungen von Investitionsmaßnahmen berichtet wird.

Norbert Buchta ist Vorsitzender der SPD-Fraktion und des Ausschusses für Haushalt und Personal sowie Sprecher des Rechnungsprüfungsausschusses

Bereits zwei Monate später wurde die erreichte Transparenz von der schwarz-grünen Zählgemeinschaft jedoch schon wieder kassiert. Das Bezirksamt berichtet nun nur noch auf Anfrage im zuständigen Ausschuss. Eine Veröffentlichung ist nicht mehr vorgesehen.

Digitalisierung der Verwaltung

Die Corona-Krise hat ein helles Schlaglicht geworfen auf die herausragende Bedeutung einer flächendeckenden und tiefgreifenden Digitalisierung der Verwaltung. Im Arbeitsalltag des 21. Jahrhunderts müssen alle Mitarbeitenden über die Möglichkeit verfügen, wichtige Anliegen aus der Ferne zu bearbeiten und relevante Entscheidungen ohne ständige Präsenz in ihrem Büro zu treffen.

Die vergangenen Monate haben gezeigt: Der Nachholbedarf auch in Steglitz-Zehlendorf ist gewaltig, angefangen bei mobilen Geräten bis hin zu sicheren Telekommunikationskanälen. Auch die Bezirksverordneten haben im Rathaus Zehlendorf – trotz eines von der SPD-Fraktion initiierten und einstimmig beschlossenen Prüfantrags – noch immer keinen Internetzugang während der Sitzungen, müssen stattdessen auf private Alternativen zurückgreifen.

»Ich würde mir wünschen, dass wir endlich den digitalen Fortschritt als Chance begreifen. Corona macht möglich, was bislang als komplett – oder zumindest in absehbarer Zeit – undurchführbar schien«, erklärt Norbert Buchta, Vorsitzender der SPD-Fraktion. Dennoch sei die Angst vor dem „Neuland“ in vielen Köpfen noch groß: »Wir setzen uns beispielsweise seit Beginn der Pandemie dafür ein, dass die Bezirksverordneten-

versammlung endlich eine Live-Übertragung erhält, um auf sicherem Wege die Transparenz herzustellen, die wir den Bürgerinnen und Bürgern schulden«. Die digitale BVV ist inzwischen Realität, doch nur für die Verordneten. Die Öffentlichkeit – und damit die Aussicht auf mehr Transparenz – ließ die schwarz-grüne Zählgemeinschaft ganz bewusst außen vor.

Digitalisierung findet jedoch nicht nur in der Verwaltung statt, sondern beispielsweise auch in den Schulen im Bezirk. »Die Schritte in die neue, digitale Zukunft sollten wir als Politiker nach Kräften fördern, durch entsprechende Gesetze und Verordnungen, aber selbstverständlich auch durch eine angemessene Finanzierung der technischen Ausstattung!« so Buchta.

Social Media für Anfänger und Fortgeschrittene

Die sogenannten „Sozialen Medien“ waren bereits vor der Corona-Pandemie in aller Munde. Facebook, Twitter, Instagram und Co. bieten jedoch nicht nur unzählige neue Möglichkeiten der Kommunikation, sondern auch zahlreiche Fallstricke. Der Datenschutz und damit die (Un-)Vereinbarkeit von Bürger*innen auf der einen und rechtlichen Vorgaben auf der anderen Seite führte Anfang 2020 dazu, dass sich immer mehr Behörden und Ministerien aus den großen Netzwerken zurückge-

zogen haben. Die SPD-Fraktion wollte daher vom Bezirksamt wissen, wie man dort zu den Bedenken des Berliner Datenschutzbeauftragten steht, dass die Nutzung der Sozialen Medien kaum rechtskonform möglich sei – und welche Folgen dies für die eigene Öffentlichkeitsarbeit haben würde.



Die Antwort der Bezirksbürgermeisterin fiel wenig ergiebig aus: Derzeit sei keine abschließende Beurteilung möglich, daher warte man die weitere Entwicklung und zu erwartende Gerichtsentscheide erst einmal ab, und mache bis dahin einfach weiter wie bisher. Tatsächlich äußerte bereits 2018 der Europäische Gerichtshof erhebliche Zweifel

an der Vereinbarkeit mit der Datenschutzgrundverordnung. Das Bundesverwaltungsgericht urteilte zudem ein Jahr später, dass die Datenschutzbehörden durchaus berechtigt seien, den Betrieb von Facebook-Fanpages zu untersagen.



„Wir wollen die Öffentlichkeitsarbeit des Bezirksamts ja nicht schlecht machen, aber es sollte schon rechtskonform ablaufen“, erklärte Martin Kromm (SPD).

Unübersichtliche Bezirksseite
Schon lange gibt es immer wieder Probleme mit und Beschwerden über die Website des Bezirks. Die SPD-Fraktion hat sich daher dafür eingesetzt,

dass zumindest die Startseite übersichtlicher gestaltet wird, damit die alltagsrelevanten Informationen die Bürgerinnen und Bürger schneller erreichen – gemeint sind beispielsweise Straßensperrungen oder -reparaturen, Sperrungen oder die Sanierung von Spielplätzen. Derartige Meldungen sind derzeit nach Ämtern gegliedert, was die Suche stark erschwert. Kenntnisse über die Struktur des Bezirksamts werden damit quasi vorausgesetzt.

Dass die Unzufriedenheit mit der Seite schon lange anhält, zeigt ein BVV-Beschluss aus der letzten Legislatur. Gefordert war eine bessere Nutzbarkeit der Seite auf Mobilgeräten – tatsächlich ist die Website hier kaum nutzbar. „Der Beschluss ist schon von 2015, getan hat sich seither wenig“, stellt Dmitri Stratievski fest. Er wollte daher wissen: Wann wird der Beschluss endlich umgesetzt?

Es stellte sich heraus, dass der Internetauftritt aller Berliner Verwaltungen zentral von einem von der Senatskanzlei beauftragten Unternehmen programmiert und gewartet wird. Die Möglichkeiten der Verwaltung beschränkt sich auf das Einpflegen von Informationen und Daten, sowie das Übersenden von Hinweisen und Fehlern an das Unternehmen. „Wohl oder übel werden wir noch eine ganze Weile mit dieser unüber-

sichtlichen und auch unzuverlässigen Seite leben müssen“, sagt Stratievski enttäuscht.

Tiersammelstelle sichtbar machen

Der Verlust eines Haustiers ist für die Besitzerinnen und Besitzer immer sehr schmerzhaft. Die Suche nach einem vermissen oder entlaufenen Tier verläuft meist mühsam. Auf Antrag der SPD-Fraktion hat die Bezirksverordnetenversammlung im Mai 2019 beschlossen, die berlinweit tätige Tiersammelstelle des Bezirksamtes Lichtenberg auf der Website des Bezirks sichtbar vorzustellen.

Nachdem fast zwei Jahre später immer noch kein Hinweis auf der Website zu finden war, fragte Dmitri Stratievski im Januar 2021 noch einmal nach. Es zeigte sich, dass der Beschluss zunächst wegen der unklaren Finanzierung der Sammelstelle verschoben – und anschließend vom Bezirksamt ganz einfach vergessen worden war.

„Ein BVV-Beschluss allein ist oft nicht das Papier wert, auf dem er gedruckt wurde. Man muss dann hartnäckig bleiben“, erklärt Stratievski. Daher begleitet der SPD-Verordnete bei all seinen Initiativen stets den kompletten Prozess bis zur erfolgreichen Umsetzung. Ende Januar 2021 wurde der BVV-Beschluss dann tatsächlich vom Bezirksamt umgesetzt.

Jugend und Schule	
Schulpolitik unter Schwarz-Grün	6
Beethoven-Gymnasium	8
Jungen Menschen Räume bieten	11
Sport und Freizeit	
Spiel und Sport für alle Generationen	12
Förderpreis Frauen- und Mädchensport	13
Wasserrettung finanziell absichern	13
Bildung und Kultur	
Literatur für alle zugänglich machen	14
Raumnot in der Leo-Borchard-Musikschule	15
Lern- und Gedenkort in Lichterfelde-Süd	18
Stadtplanung und Verkehr	
Bauen und Wohnen: Wem gehört die Stadt?	20
Endlich wirksamen Milieuschutz einrichten	24
Verkehrswende sozial gestalten	28
Umwelt und Naturschutz	
Klimaschutzantrag beschlossen	34
Havelchaussee autofrei am Wochenende	37
Zukunftskonzept Seengebiet	39
Gesundheit und Soziales	
Politik in Zeiten von Corona	40
Gesundheitsstandort Heckeshorn	44
Barrierefreiheit und Teilhabe	47
Integration und Inklusion	
Mehr als nur Flüchtlingspolitik	48
Frauen und Gleichstellung	
Gleichberechtigte Teilhabe für alle Geschlechter	50
Gender Budgeting	52
LGBTIQ*-freie Zonen in Polen	53
Haushalt und Verwaltung	
Solide Finanzen – solide Investitionen	54
Digitalisierung der Verwaltung	56

Steglitz-Zehlendorf – ein starker Bezirk

Bericht der SPD-Fraktion 2016 bis 2021

Herausgeber: SPD-Fraktion in der Bezirks-
verordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf,
Kirchstraße 1/3, 14163 Berlin
Telefon (030) 90 299 53 17
post@spd-fraktion-steglitz-zehlendorf.de

V.i.S.d.P: Norbert Buchta

Redaktion, Text und Gestaltung: Roman Gerhardt

Photos: Roman Gerhardt, Norbert Buchta,
Anyta Klabunde und Peter Kuley,
Stockphotos von Pexels, Unsplash und
Shutterstock, Bildbearbeitung: Roman Gerhardt

Druck: Spree Druck Berlin GmbH,
Wrangelstraße 100, 10997 Berlin

Auflage: 3.000 Exemplare

Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der
Information und darf nicht zu Wahlkampfwegen
verwendet werden!

Stand: März 2021



